



# Der Rote Faden

Informationen der Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bayreuth Anette Kramme, MdB  
Ausgabe IV/2007

---

## Liebe Genossinnen und Genossen,

vor kurzem mussten wir mit dem überraschenden Rücktritt unseres Arbeitsministers und Vizekanzlers Franz Müntefering einen herben Verlust innerhalb der Partei hinnehmen. Natürlich sind seine privaten Beweggründe nur zu verständlich und mehr als menschlich, dennoch verlieren mit Franz ein sozialdemokratisches Urgestein.



**Anette Kramme, MdB**

Er hat immer ein offenes Ohr für Probleme der Menschen. Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass es innerhalb der SPD genug personelle Alternativen gibt, um den erfolgreichen Weg sozial-demokratischer Arbeitsmarktpolitik weiterzugehen.

Wie es für Oberfranken in der Bayerischen Staatsregierung weitergeht ist ungewiss. Nach dem Ausscheiden Schnappaufs stellt Oberfranken nun keinen Minister mehr. Mit gerade zwei Staatssekretären sind wie sehr dürrtig vertreten und es bleibt zu hoffen, dass Oberfranken nicht zu weit auf der Strecke bleibt.

Im Vorfeld der Kommunalwahl 2008 habt Ihr in den Ortsvereinen bereits sehr viel gearbeitet, in den meisten Gemeinden und Städten stehen die Listen. Nun geht es in den Wahlkampf hinein und ich werde Euch mit Rat und Tat unterstützen. Wir müssen die Ärmel hochkrempeln, gemeinsam an einem Strang ziehen und alles dafür geben, um für Oberfranken und die SPD ein tolles Ergebnis zu erzielen.

Mit solidarischen Grüßen

Eure Anette

## In dieser Ausgabe

Anette Kramme vor Ort  
Pressemitteilungen  
Bericht vom Bundesparteitag  
Reden im Bundestag  
Aus den Ortsvereinen  
Stadtratsfraktion Bayreuth  
Kreistagsfraktion Bayreuth  
Blick nach Forchheim  
Bericht vom Bundesparteitag  
Aktuelle Themen  
Termine



**Bayern**

**SPD**

Herausgeberin und V.i.S.d.P.: Anette Kramme, MdB

Redaktion: Oliver Winkelmaier, Telefon: 0921-8701111, Telefax: 0921-8701254, E-Mail: [roter-faden@anette-kramme.de](mailto:roter-faden@anette-kramme.de)

Abonnement kostenlos, per Mail oder per Post – Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.01.2008

Gerne veröffentlichen wir Berichte der Ortsvereine, Arbeitsgruppen etc. über Ihre Aktivitäten, z. B. Ergebnisse von Vorstandswahlen, erfolgreiche Aktionen oder Veranstaltungen. Bitte sendet uns Eure Berichte baldmöglichst zu. Gerne auch mit Bild.

*Eigenbericht vom 26. November 2007*

### **Großer Andrang bei Informationsveranstaltung zum Bayerischen Heimrecht und der Reform der Pflegeversicherung**



Dass die Reform der Pflegeversicherung und das Bayerische Heimrecht, das nach der Umstellung der Zuständigkeit von Heimen vom Bund auf die Länder künftig die Heimsituation regeln soll, viele Fragen aufwirft zeigte sich daran, dass über 100 interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Saal des Gasthauses Moosing gekommen waren, um sich in einer gemeinsamen Veranstaltung des SPD-Unterbezirks Bayreuth und der AG 60plus in der SPD zu informieren. Als Referenten hatte die Unterbezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Anette Kramme die Patientenbeauftragte der Bundesregierung Helga Kühn-Mengel und den Landtagsabgeordneten Dr. Christoph Rabenstein eingeladen.

Großes Lob zollte Anette Kramme zu Beginn ihrer Einführung der unermüdlichen Arbeit der AG 60plus-Vorsitzenden Christine Hacker, die die Arbeitsgemeinschaft der Senioren fleißig mit Leben erfüllt. Anette Kramme attestierte dem alten Pflegesystem keinen guten Zustand mehr und erläuterte die Beweggründe der Bundesregierung zum neuen System. Und dennoch könne man mit der Pflegereform nicht durchweg zufrieden sein. Die SPD-Forderung nach einer Möglichkeit zur bezahlten Freistellung für pflegende Arbeitnehmer von bis zu zehn Tagen sei eine Herzensangelegenheit der Sozialdemokraten, die leider nicht durchgesetzt werden konnte. „Man muss den Einsatz der Menschen belohnen und nicht bestrafen. Wer für den Transrapid 490 Millionen Euro bezahlen kann, kann auch die Freistellung zur Pflege finanzieren“, so die Abgeordnete. Es fehle nicht Geld, sondern der politische Wille der Union.

Dr. Christoph Rabenstein stellte die SPD-Forderungen an ein neues Bayerisches Heimgesetz vor. Er bedauerte genauso wie Kramme und Kühn-Mengel, dass das Heimrecht nach der Föderalismusreform vom Bund auf die Länder übergang. „Zuvor hatten wir einheitliche Standards in Deutschland, jetzt setzt jedes Bundesland für sich die Standards fest. Diese müssen sehr genau geprüft werden“, forderte Rabenstein. Die bayerische Landtags-SPD erstellte einen Zehn-Punkte-Forderungskatalog an ein neues Bayerisches Heimgesetz, um die Würde des Menschen in den Vordergrund zu stellen. „Gerade wir Sozialdemokraten wissen, dass die Würde des Menschen an erster Stelle steht“, so der Landtagsabgeordnete.

Die Mitwirkungsrechte der Bewohner von Heimen müssen gestärkt, eine vernünftige Fachkräftequote in den Heimen und die baulichen Qualitätsanforderungen mindestens erhalten bleiben. Dies seien nur einige der vielen Punkte, auf die die Sozialdemokraten beim neuen Heimrecht achten wollen. Die Patientenbeauftragte der Bundesregierung Helga Kühn-Mengel stellte abschließend die reformierte Pflegeversicherung in den Vordergrund ihrer Ausführungen. Sie stellte die wichtigsten Neuregelungen wie Erhöhung der Sachleistungen im ambulanten Bereich, die Besserstellung von Demenzkranken oder die Qualitätssicherung im stationären Bereich vor.

Zwar würden diese Leistungsverbesserungen eine moderate Erhöhung des Beitragssatzes mit sich bringen, letztendlich passiere dies jedoch zum Wohle aller Patienten. Kritik übte sie an der Haltung der CDU/CSU, mit der eine grundlegende Reform der Finanzstruktur nicht möglich war.

*Eigenbericht vom 26. November 2007*

## **Die Patientenbeauftragte der Bundesregierung Helga Kühn-Mengel und die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme besuchen Klinikum Bamberg**



Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD) besuchte die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Patientinnen und Patienten, Helga Kühn-Mengel (SPD), das Klinikum Bamberg. Der Kaufmännische Leiter des Klinikums, Harald Becker, betonte, das Klinikum sei sehr gut aufgestellt und es liefen auch noch weitere Gespräche, um Weichen für die Zukunft zu stellen.

Laut Becker sei das Klinikum wirtschaftlich erfolgreich und man plane weitere Investitionen in Höhe von 60 Millionen Euro. Der eingeschlagene Konsolidierungskurs greife und man könne nach anfänglichen Kürzungen nun wieder Stellen schaffen. Größter Wert werde zudem auf den Verbleib in kommunaler Trägerschaft gelegt. „Das wäre wünschenswert für viele andere Orte auch“, bemerkte Helga Kühn-Mengel, die in ihrer Funktion vielerorts Probleme über die Privatisierung von Krankenhäusern geschildert bekam.

Chefarzt Professor Dr. Peter Krasseneck schilderte die Probleme bei der Rekrutierung junger Assistenzärzte. Zwar sei der Mangel an Personal in Bamberg noch nicht akut, doch für die Zukunft könnten auch hier Schwierigkeiten auftreten. Die Pflegedirektorin des Hauses, Brigitte Holstein, bat Helga Kühn-Mengel und Anette Kramme, auf der politischen Ebene den Fachbereich Pflege nicht außer Acht zu lassen.

Es müssten zahlreiche neue Pflegeausbildungsplätze geschaffen werden, um den kommenden Pflegenotstand in Deutschland abzufedern. Helga Kühn-Mengel konnte ihr da nur Beipflichten. „Die Bundesländer müssen dringend Gelder zur Verfügung stellen, um die Pflegeberufe attraktiver zu machen und Ausbildungsplätze zu schaffen“, forderte sie. Bei einem anschließenden Rundgang durch das Klinikum verschafften sich die beiden Bundespolitiker noch einen Einblick über die vielfältigen Möglichkeiten des Hauses.

Nordbayerischer Kurier vom 21. November 2007

### Pflegereform als Problem

#### Berliner Behindertenbeauftragte Karin Evers-Meyer besucht Regens-Wagner in Michelfeld



Es ist nichts Ungewöhnliches, das Politiker die Regens-Wagner-Stiftung in Michelfeld besuchen. Gestern dürfte es für die Heimleitung dennoch kein alltägliches Informationsgespräch mit Politikern gewesen sein, immerhin war die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung aus Berlin, Karin Evers-Meyer (SPD) zu Gast in der Einrichtung.

So hatten unter anderem der Gesamtleiter der Einrichtung, Peter Miltenberger sowie die stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Regens Wagner, Schwester Antonia Stegmiller eine Gesprächspartnerin, die in ihrer Eigenschaft als

Behindertenbeauftragte von der Materie Behindertenbetreuung und Pflege Bescheid wissen musste. Die oberfränkische SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hatte ihrer Berliner Kollegin diesen Besuch der Michelfelder Einrichtung angetragen.

Das Interesse Krammes, die vor allem in ihrem Wahlkreis die Be-lange behinderter Menschen im Auge hat, liegt auch darin begründet, dass immerhin rund ein Drittel der 210 Heimbewohner in Michelfeld aus Oberfranken stammen und damit auch die Regierung des oberpfälzischen Nachbarn Kostenträger der Behindertenpflege und -betreuung ist. Diese Regelung - die Kosten für die Behindertenpflege nach Sozialgesetzbuch (SGB) IX übernimmt der Regierungsbezirk aus dem man abstammt - scheint vor allem vielen Kommunalpolitikern und selbstverständlich den Behinderteneinrichtungen nicht zu schmecken. Der Grund: Die Kostensätze unterscheiden sich von Bezirk zu Bezirk. So soll beispielsweise ein oberbayerischer Behinderter etwa 50 Prozent mehr Geld zur Verfügung haben als ein oberfränkischer. Im Gespräch mit Heimleitung, Vertretern der Stadt Auerbach, darunter Bürgermeister Helmut Ott, Landtagsabgeordneten Reinhold Strobl sowie dem Pegnitzner Stadtrat Karl Lothes kam Evers-Meyer am langen gedeckten Tisch schnell auf den Punkt.

Sie wollte vor allem wissen, wie die Regens-Wagner-Stiftung mit der anstehenden Pflegereform zurecht kommt, die am 1. Januar in Kraft tritt und viele Änderungen bringt. Die Pflegereform bringe laut Evers-Meyer nämlich Vorteile für Demenzkranke aber keineswegs für behinderte Menschen. Eines der größten Probleme, sicherlich nicht nur für die Michelfelder Einrichtung ist, dass es, nach der NS- Zeit nun die erste Generation älter werdender behinderter Menschen gibt. So gibt es die Maßgabe, dass behinderte Senioren so bald sie aus den tagesstrukturierenden Maßnahmen herausfallen beziehungsweise in den Werkstätten nicht mehr arbeiten können, im Prinzip die Einrichtung verlassen und in ein Pflegeheim müssen. Das heißt: Sie werden aus ihrem gewohnten Umfeld herausgeholt.

Die Regens- Wagner-Stiftung fängt dies einigermaßen damit auf, dass sie mit der Pflegestation im Altbau praktisch einen zweiten Betrieb führt. Dennoch: der Bewohner muss „verlegt“ werden. Das bedeutet nicht nur bürokratischen Aufwand, sondern auch einen anderen Kostenträger, denn für die Pflege sind laut SGB XII die Krankenkassen zuständig.

„Das was für den einen Kostenträger gut war ist plötzlich für den anderen schlecht“, so Miltenberger. Problematisch sei dann auch der Wegfall der Eingliederungshilfe, die einem älteren Behinderten wichtige tagesstrukturierende Maßnahmen verwehrt. Hospitalismus, so Kramme, könnte hier die Folge sein. Man müsse darauf hinwirken, dass es weiterhin Beschäftigung für ältere Behinderte gebe.

*Nordbayerischer Kurier 15. November 2007*

## **Verdienste Wills mit dem Ehrenvorsitz gewürdigt**

### **AWO Weidenberg feierte stilvoll ihr 50-jähriges Jubiläum – Festredner Dr. Rabenstein**

Stil- und klangvoll umrahmt von den Liedvorträgen der Bayreuth Sisters beging der Arbeiterwohlfahrt (AWO)-Ortsverband Weidenberg unter dem Vorsitz von Manfred Tölzer sein 50-jähriges Jubiläum in der Aula der Verbandsschule. Krönender Höhepunkt der Feierlichkeiten war die Ernennung des Kreisvorsitzenden der AWO Bayreuth-Land, Georg Will, zum Ehrenvorsitzenden seines Weidenberger Ortsvereins.

28 Jahre lang hatte er bis zu seinem Rückzug in diesem Jahr die Geschicke der AWO-Weidenberg gelenkt und sich so tatkräftig für ein AWO-Seniorenheim in Weidenberg eingesetzt, dass, dieses seit nunmehr rund 15 Jahren Weidenberger Zuhause vieler älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger wurde.

Der frisch gekürte Ehrenvorsitzende wurde zusammen mit seiner Ehefrau Christa endlich auch selbst einmal auf Erholungstour geschickt, er bekam von stellvertretender Vorsitzender und Dritter Bürgermeisterin Elisabeth Tamler in originell gebastelter Form einen Wellness-Gutschein und ein Fichtelgebirgsbuch überreicht. Georg Will hat mit seinem großen Engagement dafür gesorgt, dass nicht nur das Programmangebot der AWO-Weidenberg bis hin zu einem AWO Nordic-Walking-Treff kontinuierlich erweitert wurde, sondern auch die Mitgliederzahlen auf über 200 Personen anstiegen.

Heute ist die AWO Weidenberg mit 132 Frauen und 91 Männern der stärkste Ortsverein im Kreisverband Bayreuth-Land. Gewürdigt wurden auch diejenigen, die den AWO-Ortsverein nach zähem Ringen aus der Taufe gehoben haben. Die noch lebenden Gründungsmitglieder Richard Rosenhauer und Ernst Tölzer wurden von Bezirksvorsitzendem Rudolf Schober mit dem AWO-Ehrenteller des Bezirks ausgezeichnet, nachdem ihnen die Ehrenmitgliedschaft und weitere Würdigungen schon längst zuteil geworden waren.

Die anwesenden SPD-Politiker, darunter Landratskandidat Karl Lothes, MdB Anette Kramme und Festredner MdL Dr. Christoph Rabenstein erinnerten an die ursprünglichen SPD-Wurzeln der Arbeiterwohlfahrt. So war es auch in Weidenberg der SPD-Vorsitzende Hans Will, der die erste Generalversammlung der AWO Weidenberg einberief.

Gemeinderat Hermann Däubner wurde der erste Vorsitzende. Ihm folgten Horst Michler, Hans Will, Georg Engelbrecht, wieder Hans Will, Paul Gänsrich, Robert Jäger als kommissarischer Vorsitzender, Georg Will und schließlich bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung Manfred Tölzer.

Unter Paul Gänsrich war es, dass nach dem plötzlichen Tod von Hans Will und der Erkrankung seines Stellvertreters vor 30 Jahren das AWO-Oberfrankentreffen mit der Besucherrekordmarke von über 2 000 Gästen allen Hindernissen zum Trotz zu einem.

Erfolg der Weidenberger AWO-Vereinsgeschichte wurde. Bürgermeister Wolfgang Fünfstück (FWG) würdigte die Arbeit der Weidenberger AWO, die mittlerweile überparteilich über alle politischen Grenzen hinweg zum Segen des Weidenberger Sozialbereichs wirke und die im Zuge des demografischen Wandels weiter an Gewicht gewinnen werde, so Fünfstück. Die benachbarten AWO-Ortsvereine aus Altenplos, Bad Berneck, Bindlach, Gefrees, Goldkronach, Speichersdorf, Pegnitz und Warmensteinach überbrachten ebenfalls die besten Wünsche für die Zukunft der AWO Weidenberg und Jubiläumsgeschenke.

*Nordbayerischer Kurier vom 12. November 2007*

### **Der Minister und die roten Nelken**

#### **Weidenberger SPD feierte 100-jähriges Bestehen mit Sigmar Gabriel als Festredner**

„Es war eine Idee, die Sozialdemokraten verbindet: die Idee, dass Menschen frei sind.“ Mit diesen Worten sprach sich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel in Weidenberg in die Herzen derer, die zur 100-Jahr-Feier vom SPD-Ortsverein gekommen waren. Viel beklatscht war seine Festrede am Samstag mit Themen zur Ausbildungs- und Arbeitsplatzgarantie sowie der Bildung und Lohn-Leistungs-Gerechtigkeit; klassische rote Themen, so aktuell wie vor 100 Jahren, so Gabriel.

Der Bundesumweltminister eilte in die Weidenberger Schulaula, warf das Zeitprogramm leicht durcheinander und sputete nach einer gut halbstündigen Rede genauso schnell wieder hinaus wie er gekommen war. Auch für ein Interview blieb keine Zeit. Gerade Mal, dass SPD-Ortsvereinsvorsitzender Günter Kölbl gemeinsam mit ihm langjährige Mitglieder ehren konnte: „Applaus aus, wir haben keine Zeit“, schmunzelte Kölbl, und dann mit dem Minister Ehrungen für 25 und 35 Jahre vorzunehmen.

„Sozialdemokratische Ideen sind so modern wie vor 100 Jahren“, hatte Gabriel gesagt und in einem historischen Rückblick auch die Geschichte der Sozialdemokraten seit Gründung aufleben lassen, bevor er die „lieben Genossinnen und Genossen“ in aktuellere Themen entführte. Wie das der Jugendarbeitslosigkeit. „Lasst uns dafür kämpfen, dass junge Leute Ausbildung und Arbeit finden.“ „Wer in unserem Land alles mitnimmt, was dieses zu bieten hat, aber alle Einnahmen am Finanzamt vorbei in die Schweiz schafft“, so Gabriel, benehme sich geradezu asozial. Wer Studiengebühren lange Jahre bis ins Erwerbsleben zurückzahlen müsse, könne keine Familie gründen, kritisierte er. Den Bezug zu seinem Ressort setzte er mit einer Gleichung: Umwelt, Natur und Arbeiterbewegung seien schon immer Hand in Hand gegangen, erläuterte der Bundesumweltminister.

Die Gäste, darunter SPD-Bundestagsabgeordnete und Unterbezirkvorsitzende Anette Kramme, SPD-Landtagsabgeordneter Wolfgang Hoderlein, Dr. Christoph Rabenstein und Klaus Wolfrum sowie Karl Lothes, Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes, freuten sich an dem Minister aus ihren Reihen; auch, als dieser humorvoll auf manche Kuriosität aus der SPD-Vergangenheit verwies: So, als sich der „klassenbewusste Proletarier verbrennen ließ“, weil er Mitglied in „Die Flamme“ war — einer Arbeiterbewegung mit eigener Beerdigungskultur und einstmals 24 000 Mitgliedern. „Mittendrin sein“ in einem Leben, das in Freiheit geführt werde, dafür seien Sozialdemokraten eingestanden, zitierte Sigmar Gabriel bekannte SPD-Größen wie Willy Brandt und Kurt Schumacher.

Eine rote Nelke, wie sie als Zeichen eines einst stillen Signals für die Rechte der Arbeiter — acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit, acht Stunden Schlaf — getragen worden war, daran könne sich heute kaum noch jemand erinnern, sagte er. Nun, auf den Tischen der Jubiläumsveranstaltung standen zumindest rote Gerbera auf roten Tischdecken. Und die Willy-Brandt-Ehrenmedaille gab es für Reinhard Opitz, für seine Verdienste für den Ortsverein. Von 1972 bis 2002 war er Weidenberger Gemeinderat; von 1980 bis 2002 Zweiter Bürgermeister und lange Jahre Kreisrat.

*Neue Presse vom 5. November 2007*

**„Starke rote Insel in einem schwarzen Meer“  
Jubiläum: SPD Itzgrund feierte 50. Geburtstag – Festrednerin war SPD-  
Bundestagsabgeordnete Anette Kramme**

Vier Ehrenmitglieder ernannte die SPD Itzgrund anlässlich seines 50-jährigen Geburtstages. Vom Bundestagsabgeordneten bis zu benachbarten unterfränkischen Ortsvereinen erstreckte sich die Gästeliste, die am Samstag für eine gut besetzte Wanderhalle sorgte. Souverän lotste Ortsvereinsvorsitzender Jürgen Alt als Moderator durch den Abend, der eine „starke rote Insel im schwarzen Meer“ reklamierte. Etwas strapaziös war die Verlesung der Chronik. Die enge Verknüpfung mit der heutigen Gemeinde Itzgrund und die Gebietsreform würfeln den heutigen Ortsverein rückblickend sowohl zusammen als auch auseinander. „In den 50er-Jahren war für die Sozis kein Platz im Itzgrund, rekapitulierte Alt und zählte 1957 sieben Mitglieder. Oskar Barthelmann war der erste Ortsvereinsvorsitzende. Kontinuierlich stieg die Mitgliederzahl auf heute über 60. Bei den Kommunalwahlen im März 2002 wurde die SPD stärkste Fraktion und stellte den bis heute amtierenden und als ausgleichend anerkannten Bürgermeister Werner Thomas.

Die Weichen der Zukunft wurden in der kürzlich durchgeführten Nominierungsversammlung gestellt. An dem Fortbestand der stärksten Fraktion im Itzgrund wird vom SPD-Ortsverein nicht gezweifelt. Werner Thomas und Ute Florschütz gelangen in der Kreistagsliste aussichtsreiche Positionierungen. Festrednerin des Abends war die Bundestagsabgeordnete und Bezirksvorsitzende Anette Kramme, ursprüngliches Ruhrpottgewächs. Sie rollte die Geschichte des seit 1863 existierenden Altgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf, einem Vorläufer der heutigen SPD.

Derzeit sieht sie die in den Medien angedeutete Krise innerhalb der Partei nicht. Krammes Kampft Themen waren Armutslöhne und Ackermanngehälter. „Gefühl kommt immer weniger Netto heraus“, beschrieb Kramme den Kampf der SPD für einen gerechten Lohn. 20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten hätten inzwischen einen Mindestlohn eingeführt. Jugendarbeitslosigkeit sei ein genau so ernstes Thema wie Alterarbeitslosigkeit. Richtig sei die Ausweitung des ALG I, aber die derzeitigen Kriterien könnten die Wenigsten erfüllen. Zehn Tage bezahlte Pflegefreistellung müssten lauffähig sein. Als Hinweis auf die kommenden Kommunalwahlen zitierte Kramme Willy Brandt: „Rot ist die Farbe der Liebe. Und was für die Liebe gut ist, ist auch gut für die Politik“.

MdB Carl-Christian Dressel meinte mit Blick auf den Arbeitsmarkt, dass eine 50-jährige SPD noch nicht zum alten Eisen gehöre. Ortsvereine seien die Seele der SPD und es sei eine Leistung, so etwas auf die Beine zu stellen. Die Wähler des Itzgrunds hätten die Leistungen von Bürgermeister Thomas honoriert. Die Landtagsabgeordnete Susann Biedefeld wünschte dem relativ jungen Ortsverein eine weiterhin gedeihliche Entwicklung. Michael C. Busch überbrachte die Grüße des Landrats und führte den aufstrebenden Ortsverein auf das Wirken von Bürgermeister Werner Thomas zurück. „Kommunalpolitik ist für die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten“, betonte das Gemeindeoberhaupt das übergeordnete Ziel der SPD im Itzgrund. Älter als die Gemeinde habe die SPD maßgeblich die Entwicklung der Kommune gestaltet. Barbara Leicht von den Freien Wählern überreichte Rotwein und bat weiter eine gute Zusammenarbeit.

Launig bezeichnete sich der stellvertretende Bürgermeister Hilmar Oppel in der Feierstunde als „schwarze Insel im roten Meer“. Manfred Michel vom benachbarten Memmelsdorfer SPD-Ortsverein lobte das gute nachbarschaftliche Verhältnis. Vier Parteimitglieder wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt, von denen nur Fritz Lang als SPD-Ikone anwesend war. Oskar Barthelmann, Walter Klaus und Charlotte Salzbrenner galten Genesungswünsche. Musikalisch umrahmten der Gesangverein Herrethund und der am Klavier spielende Shenia Jona.

*Eigenbericht vom 26. Oktober 2007*

## **SPD Gundelsheim schreibt am 100. Geburtstag Geschichte Susanne Kastner predigte und Hubertus Heil hielt die Festrede – Volle Turnhalle und großartige Feststimmung**

Zum 100. Geburtstag der Sozialdemokratie in Gundelsheim gestaltete der Ortsverein unter der Leitung von Jonas Merzbacher einen Festabend, der Geschichte schrieb. Noch nie hatte ein Politiker bis zu diesem Abend in einer Gundelsheimer Kirche gepredigt – Susanne Kastner, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, änderte dies. Noch nie waren so viele Personen zu einer politischen Veranstaltung einer Partei gekommen – die SPD Gundelsheim konnte an diesem Abend über 300 Besucher zählen. Noch nie war ein Politiker aus der Berliner Spitze in Gundelsheim – Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD, hieß der prominenteste Gast an diesem Abend. Auch die oberfränkische SPD-Bezirksvorsitzende Anette Kramme aus Bayreuth ließ es sich nicht nehmen, das Jubiläum zusammen mit den Gundelsheimern zu feiern.

Auftakt der Festveranstaltung bildete ein ökumenischer Gottesdienst unter dem Leitsatz „Ihr seid das Salz der Erde“. Neue Wege dabei gingen Pfarrer Marianus Schramm, Pädikant Gunter Dorsch und Susanne Kastner, MdB als sie die Predigt thematisch in drei Teile unter sich aufteilten. Prädikant Gunter Dorsch widmete sich der „Nächstenliebe“, während Susanne Kastner, MdB „Verantwortung“ aufgriff und Pfarrer Marianus Schramm abschließend „Zivilcourage“ mit Leben füllte. Susanne Kastner rief dazu auf, dass die Übernahme von Verantwortung frühzeitig vermittelt werden muss - denn, es sei nicht in Ordnung, eine Verabredung nicht einzuhalten. Es sei auch dann nicht verantwortungsvoll, wenn es nur 30 Minuten seien. Es sei und bleibe Unzuverlässigkeit. Mit solchen eindringlichen Worten stellten alle Drei klar, dass jeder seinen Teil zu einer Gesellschaft beizutragen hat und viele Menschen immer wieder den Mut finden sollten zu einem verantwortlichen Handeln mit Zivilcourage und Nächstenliebe. Zur Erinnerung an die Aufgabe „Ihr seid das Salz der Erde“ erhielt jeder Besucher einen Salzbeutel mit nach Hause. Musikalisch umrahmt wurde der Festgottesdienst von Frankonia Brass und dem Gesangsverein unter der Leitung von Rita Stretz.

Für den anschließenden Festakt zog die Gemeinde in die Turnhalle, welche zu einem großen Festsaal umgestaltet worden war. Zu Beginn dankte Jonas Merzbacher, Vorsitzender der SPD Gundelsheim, für 100 tolle Jahre in Gundelsheim mit einer wachsenden, ehrlichen Bevölkerung als auch den anderen politischen Gruppierungen. „Sie standen zwar nicht immer auf unserer Seite, aber an unserer Seite, wenn es um Gemeinwohl ging und sie mit uns um die besten Ideen gerungen haben - auch wenn es dabei Höhen und Tiefen gab.“ Ein Versprechen durfte nach 100 Jahren jedoch nicht fehlen: „Wir werden weiter Akzente setzen und heute das Zusammenspiel vertiefen und morgen mit einer starken SPD ausbauen.“

Hubertus Heil gebührte die Ehre der Festrede. Darin schlug er einen Bogen von der Gründungszeit der Sozialdemokratie bis zur Agenda 2010. Am Anfang stand jedoch das Lob für die SPD Gundelsheim, der seit 100 Jahren die Sozialdemokratie lebe und die Kommune belebe. Die Festrede selbst stellte der SPD-General unter die Überschrift: „Warum gibt es die SPD eigentlich immer noch nach über 140 Jahren?“, verbunden mit der koketten Feststellung, dass von der bürgerlichen deutschen Parteikonkurrenz niemand über eine solche Tradition verfüge. Für die Antwort zitierte Heil den französischen Sozialisten Jean Jaurès: „Tradition heißt für Sozialdemokraten nicht, die Asche zu bewahren, sondern die Fackel weiterzureichen.“ Er führte aus, dass viele Dinge, die heute selbstverständlich erschienen, mit Mühe, Ausdauer und persönlichen Opfern erkämpft werden mussten. Es sei kein einfacher Weg, den die Sozialdemokraten über 100 Jahre im Land und in Gundelsheim gingen, gewesen. Man hätte Schwierigkeiten überwinden müssen und sogar mit Nachteilen und Gefahren verbunden, zu unserer Gesinnung stehen müssen. Es bewahrheitete sich aber immer wieder, dass Menschen viel bewirken könnten, wenn sie sich zusammentäten.

Frankenpost vom 23. Oktober 2007

## Keine Armutslöhne in Deutschland

### Bundestagsabgeordnete Anette Kramme: Lohnentwicklung in Deutschland hinkt in der EU weit hinterher

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Unterbezirk Hof/Wunsiedel, hatte zu einem Informationsabend zum Thema „Frauen und Mindestlohn“ mit SPD-Bundestagsabgeordneter Anette Kramme aus Bayreuth, stellvertretende arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, in die Gaststätte „Zum Kirchenwirt“ eingeladen. AsF-Ortsvereinsvorsitzende Christine Eisa freute sich über den guten Besuch dieser Veranstaltung. Fast täglich werde man mit Parolen konfrontiert wie „Mindestlohn, der kostet uns den Job, oder meine Chefin kann das nicht bezahlen, deswegen arbeite ich als Teilzeitkraft für 3,50 bis 4,50 oder 5,50 Euro pro Stunde.“ Die Taxifahrerin, die zwischen fünf und sechs Euro die Stunde verdiene, sage, „Mindestlohn klingt ja ganz gut, aber ich habe Angst, dass er mich arbeitslos macht.“ Aber, könne man mit diesem Niedriggehalt leben, muss man dieses Einkommen akzeptieren, führen diese Gehälter nicht zwangsläufig in die Armut beziehungsweise Altersarmut? Es sei in den letzten Jahren zu einer starken Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung gekommen, machte Anette Kramme deutlich.

Von 1997 bis 2001 sei ein Anstieg von 15,6 auf 17,4 Prozent festgestellt worden. Frauen stellten knapp 35 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, jedoch 57 Prozent derjenigen im Niedriglohnbereich. Im Bereich der geringfügigen Beschäftigung seien es fast 70 Prozent. Niedriglöhne würden nicht aufgrund individueller Eigenschaften der Niedriglohn-Empfänger gezahlt, sondern seien Strukturmerkmal ganzer Wirtschaftssektoren: Gut 89 Prozent der Geringverdiener arbeiteten in Kleinst- und kleinen Betrieben, 63 Prozent im Dienstleistungssektor etwa 17 Prozent in Privathaushalten. Im Zeitraum von 1998 bis 2004 sei die Tarifbindung im Westen von 76 auf 68 Prozent der Beschäftigten und im Osten von 63 auf 53 Prozent gesunken. „Sind Niedriglöhne eine Chance für Arbeitslose - ein Sprungbrett zu besser entlohnten Jobs?“ Eine Niedriglohnstudie zeige, dass Niedriglohnjobs weder die Stabilität aufwiesen um als Sprungbrett zu dienen, noch eine ausreichende Durchlässigkeit nach oben, fuhr die Referentin fort. Vielmehr werde der Niedriglohnsektor für viele Arbeitnehmer zur Niedriglohnfalle. „Nur ein Drittel der Geringverdiener schaffte es im Zeitraum 1996 bis 2001, in eine bessere Position aufzusteigen.“ Viel weniger, als im untersuchten Vergleichszeitraum vorher. In 20 von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gebe es Mindestlöhne. Entscheidend für die Debatte in Deutschland sei der Vergleich mit den westeuropäischen Nachbarn.

Frankreich habe einen Mindestlohn von 8,27 Euro, Großbritannien 7,96 Euro und die Niederlande 8,13 Euro. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordere für Deutschland einen Mindestlohn von 7,50 Euro. Der Niedriglohnsektor sei in den letzten Jahren deutlich angestiegen, sagte Anette Kramme. Die Arbeitslosigkeit verharre auf hohem Niveau - nirgendwo in Europa sei die allgemeine Lohnentwicklung so schlecht wie in Deutschland: „Bei uns sind die Realeinkommen zwischen 1995 und 2004 um 0,9 Prozent gesunken.“ In Frankreich plus 8,4, in Dänemark plus 15,6, in Großbritannien plus 25,2 und in Schweden plus 25,4 Prozent. Der Druck auf die Löhne habe nicht zu mehr Beschäftigung geführt.

Geringere Arbeitnehmerinkommen führten zu schwacher Binnennachfrage und damit zu weniger Wachstum und Beschäftigung. Es gebe kein Beispiel in Europa, in dem ein negativer Zusammenhang von Mindestlohn und Beschäftigung belegt sei. Die Branchen, in denen Armutslöhne vor allem ein Problem seien, könnten nicht verlagert werden. Dies seien insbesondere der Einzelhandel, Hotels und Gaststätten, das Bewachungsgewerbe, die Land- und Forstwirtschaft und das Frisörhandwerk. Arbeit in der Exportwirtschaft werde deutlich besser bezahlt. Tarifliche Lösungen sollten Vorrang haben, betonte die Abgeordnete. Das Beispiel der Bauwirtschaft zeige, dass dies funktionieren könne. „Deswegen wollen wir das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen ausdehnen und so branchenspezifische Mindestlöhne ermöglichen.“

*Neue Presse vom 23. Oktober 2007*

### **Verantwortung über Generationen hinaus SPD Kehlbach – Historischer Rückblick und Ehrungen standen im Mittelpunkt beim 100-jährigen Jubiläum**

Kehlbach - Beim 100-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Kehlbach standen ein historischer Rückblick von Norbert Trebes, die Festrede von MdB und Bezirksvorsitzender Anette Kramme sowie die Ehrungen treuer Mitglieder standen im Blickpunkt der Jubelfeier. Vorsitzender Holger Scherbel freute sich, dass die gesamte Politprominenz der SPD im Landkreis Kronach, und neben der Festrednerin auch MdB Dr. Carl Christian Dressel, MdL Christa Steiger und Landrat Oswald Marr dem Jubelverein die Ehre erwies.

Darüber hinaus konnte er auch Bürgermeister Klaus Löffler begrüßen. Nachdem der Gesangverein „Waldfriede“ würdevoll eingestimmt hatte, dankte Bürgermeister Klaus Löffler dem SPD-Ortsverein Kehlbach, dessen Mitglieder stets Verantwortung für die Gemeinde und Gesellschaft gezeigt haben und noch zeigen. Bewegt zeigte sich der Bürgermeister vom Gedenken am Ehrenmal, bei dem der Vorsitzende Holger Scherbel einen Kranz niederlegte.

Bereits sein verstorbener Vater, Kurt Scherbel, hatte den SPD-Ortsverein über viele Jahre geführt. Hier zeige sich Kontinuität und Verantwortung über Generationen. „Mit solchen Leuten wie Holger Scherbel haben wir in der Gemeinde eine gute Zukunft“, betonte der Bürgermeister, der anschließend die Festrednerin Anette Kramme zum Eintrag ins goldene Buch der Gemeinde Steinbach am Wald einlud.

MdB Dr. Carl Christian Dressel und MdL Christa Steiger lobten den Einsatz für Frieden, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Damals bei der Gründung des SPD-Ortsvereins wie heute gelte diesen Werten der Einsatz der SPD. Landrat Oswald Marr überbrachte die Glückwünsche des Landkreises an Ortsverein, der weit über die Politik hinaus wirke, weil sich die Mitglieder auch in anderen Organisationen einen Beitrag zum Wohle der Allgemeinheit leisten. SPD-Kreisvorsitzender Dr. Ralf Pohl und der Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Richard Rauh, schlossen sich den Glückwünschen an.

Alle anwesenden SPD-Ortsvereine sowie die örtlichen Vereine gratulierten dem SPD-Ortsverein zum 100-jährigen Jubiläum. Vorsitzender Holger Scherbel zeigte sich erfreut über die ermutigenden Worte. Drei Mitglieder wurden für ihre langjährige Treue zur SPD geehrt. Jeweils mit Dankesurkunde und Ehrennadel in Silber wurden Georg Büttner für 25-jährige Treue und Rita Fröba und Carola Scherbel für 30-jähriges Wirken und Eintreten für sozialdemokratische Ziele von MdB Anette Kramme und Ortsvorsitzenden Holger Scherbel geehrt. Der Festkommers wurde vom Musikverein Kehlbach und vom Gesangverein „Waldfriede“ Kehlbach festlich umrahmt.

Vor dem Festkommers führte ein Trauerzug zum Ehrenmal, der vom Musikverein Kehlbach begleitet wurde. Am Ehrenmal nahmen örtliche Vereine mit Fahnenabordnung und auch Bürgermeister Klaus Löffler, MdB Dr. Carl Christian Dressel, der Fraktionsvorsitzende im Kreistag Richard Rauh und weitere Ehrengäste und neben dem Jubelverein auch der Patenverein aus Windheim zur Totenehrung Aufstellung.

Vorsitzender Holger Scherbel bekundete durch eine Kranzniederlegung die Verbundenheit mit den Vorfahren, die in verantwortlicher Position für die Ziele der SPD ehrenamtliches Engagement zeigten, und mit allen verstorbenen Mitgliedern, die Loyalität für die SPD bewiesen.

*Nordbayerischer Kurier vom 15. Oktober 2007*

### **Politiker sagen: Die Rente mit 67 musste sein Alle wollen Beiträge in Grenzen halten, keine rüttelt am System**

An den Grundfesten rüttelte keiner auf dem Podium des Bayreuther VdK-Forums 2007. Am Umlageverfahren, am Generationenvertrag, auf dem das deutsche Rentenversicherungssystem beruht, wollen weder Politiker noch Experten aus den Sozialverbänden und aus den Reihen der Rentenversicherungsträger etwas ändern. Obwohl das System am Stock geht

Muss der Staat stärker ran, wenn es für die Rentner immer weniger reicht? Diese Frage warf der stellvertretende KURIER-Redaktionsleiters Andreas Rietschel, der das VdK-Forum moderierte, auf — doch mehr Staat in der Rentenversicherung wollte auf dem Podium keiner wirklich. Aus dem Steuertopf kommen bereits gut 50 Milliarden der jährlichen Rentenausgaben in Höhe von 239 Milliarden Euro. Bis 2019 werde die Summe auf über 70 Milliarden Euro steigen, so die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Der staatliche Beitrag sei darüber hinaus nicht beliebig zu steigern. Werner Krempf, Direktor der Deutschen Rentenversicherung Ober- und Mittelfranken, wies darauf hin, dass ein größerer Steueranteil an der Finanzierung ebenso wie die Forderung nach einer Mindestrente ein Abweichen vom Versicherungsprinzip einläute. — „Wollen wir das?“ Die Rentendämpfungen des Jahres 2002 und die jetzt beschlossene Rente mit 67 sei aus Sicht der Deutschen Rentenversicherung „ein Paket, auf dem sich gut aufbauen lässt. Wenn diese Basis bleibt, hat das Umlageverfahren eine Zukunft“. Auf stabile Beiträge und vor allem auf maximale Ehrlichkeit kommt es Stefan Müller an. Der Mann ist Anfang 30, sitzt für die CSU im Bundestag und sagt: „Wir müssen ehrlich zu den Jungen sein.“

Ehrlich sei, dass sie die Hauptlast bei der Rente tragen werden. Dass sie länger arbeiten und weniger Rente bekommen werden, dass ihnen nichts anderes übrig bleiben wird als privat vorzusorgen. Wovon? Von den nicht steigenden Beiträgen, sagt Müller — die Stabilität der Beiträge zu gewährleisten, sei deshalb Aufgabe des Staates. Und die Politiker müssten auch der Rentnergeneration heute reinen Wein einschenken. „Es geht nicht darum den Rentnern etwas wegzunehmen“, so der CSU-Abgeordnete aus Erlangen. „Aber wir können sie im Sinne ihrer Kinder und Enkel nicht aus der Verantwortung entlassen.“

Ein Systemwechsel ganz anderer Art gehört ins Rentenkonzept der FDP. Wer sagt denn, dass man zu einem bestimmten Zeitpunkt in Rente gehen muss? In Zukunft, wenn Unternehmen die Mitarbeiter ausgehen und Ältere wieder gefragt sein werden, solle jeder Einzelne die Frage für sich beantworten können: Reicht meine Rente? „Wenn nicht“, sagt der Bayreuther Bundestagsabgeordnete, Horst Friedrich, „muss man die Möglichkeit bekommen, mehr als heute hinzuzuverdienen, also weiter zu arbeiten“. Ansonsten plädiere er dafür, das Thema Rente in seiner ganzen Bandbreite zu diskutieren. Ohne all die Dämpfungen der vergangenen Jahrzehnte wäre der Beitrag zur Rentenversicherung angesichts weniger Beitragszahler und mehr Leistungsbezieher längst über die 20-Prozent-Marke hinausgeschneit. Und übrigens: Nicht allein die Rentenhöhe entscheide über den Lebensstandard der Senioren. Steigende Kosten — Friedrich nannte Mieten und Nebenkosten — belasteten nicht minder.

Dass bei den Beiträgen nicht mehr viel Spielraum nach oben ist, scheint politischer Konsens zu sein. „Wir dürfen nicht in Kategorien vorstoßen, bei denen sich künftige Generationen am liebsten aus dem System verabschieden würden“, so die SPD-Abgeordnete Anette Kramme. Die Rente mit 67, so bedauerlich dieser Schritt sei, sei eine Antwort auch auf die Entwicklung der Gesellschaft. 1960 lag die durchschnittliche Rentenbezugsdauer bei zehn Jahren, 2020 werde sie sich verdoppelt haben.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Die Lebenserwartung und die Rentenbezugsdauer steigen, die Geburtenzahlen sind rückläufig, die Zahl der durchschnittlichen Beitragsjahre ist es aufgrund längerer Ausbildung und früheren Ausscheidens auch — „da musste was geschehen“. Bei der Rente mit 67 allein dürfe es jetzt aber nicht bleiben. Bildung und Qualifizierung müssten Älteren zugänglich gemacht werden. Es brauche Regelungen für altersgerechtes Arbeiten und flexible Übergänge in den Ruhestand. Und es brauche vor allem ein „uneingeschränktes Ja für ein längeres Arbeitslosengeld I“, so Kramme. Sie sei nie eine Befürworterin dieses Teils der Arbeitsmarktreformen

„Ohne die Rente mit 67 Würden wir ins offene Messer laufen“, erklärte auch die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Elisabeth Scharfenberg. Das Anheben der Lebensarbeitszeit sei ein Prozess, der nicht Knall auf Fall, sondern über Jahre hinweg einsetze. „Darauf kann man sich einstellen und von denen, die es betreffen wird, spricht kaum einer über die Rente mit 67.“ Die seien nämlich damit beschäftigt, einen Studienplatz oder einen Job zu finden, um ihren Beitrag zur Solidargesellschaft leisten zu können.

So recht befriedigt hat das alles die Betroffenen und die Experten im Publikum nicht VdK-Bezirksgeschäftsführer Konrad Scharnagel etwa zitierte Studien, nach denen ein 65-Jähriger im Jahr 2030 nach 37 Beitragsjahren eine Rente auf Sozialhilfeniveau erhalten werde. Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit, fragt Scharnagel. Und warum kann sich die Politik nicht zu einer Sockelrente entschließen?

Gegenrede bekam Scharnagel von der Landesvorsitzenden seines Verbandes, Ulrike Maschen Sie warne vor vermeintlichen Verlockungen. Eine Grundrente werde immer nahe am Sozialhilferegelsatz liegen. Und sie biete dem Staat die Gelegenheit, sich endgültig von einer Arbeitsmarktpolitik für Ältere zu verabschieden.

Keine klare Antwort bekam eine Frau aus dem Publikum, die aufstand und ihren konkreten Fall schilderte: 45 Jahre hat sie gearbeitet, zwei Kinder großgezogen „und Gott sei Dank war ich keinen Tag arbeitslos“. Jetzt wolle sie vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand gehen. Das bringe ihr 18 Prozent Abschlag und eine Rente ein, die knapp über dem Sozialhilfeniveau liegt. „Ich erwarte aber nach all der Zeit eine Rente ohne Abschläge.“ Ihr Fall sei bitter, bekam die Frau von manchem Politiker auf dem Podium zu hören. Ein einzelner Härtefall aufgrund einer Stichtagsregelung eben, den man leider nicht vermeiden könne.

*Nordbayerischer Kurier vom 8. Oktober 2007*

### **SPD Heinersreuth mit starker Liste**

#### **100 Prozent Unterstützung für eine weitere Kandidatur von Bürgermeister Dötsch**

Für Bürgermeister Hans Dötsch war seine Nominierung als Spitzenkandidat für die Kommunal- und Bürgermeisterwahl am 2. März 2008 ein 100-Prozenter. Mit 44 von 44 Stimmen erzielte er ein Ergebnis, dass sonst nur in totalitären Regimen erzielt würde.

Aber davon sind die Genossen in Heinersreuth weit entfernt. Im Gegenteil: Bei der Vorstellung der Kandidaten für den Gemeinderat durfte sich jeder Bewerber vorstellen; und auch hier das gleiche Ergebnis von 100 Prozent für die gesamte Liste. Und der Bürgermeister ist eben aus Sicht der Genossen alternativlos.

Zuvor hatte Dötsch ausführlich Rechenschaft über seine und der SPD-Räte Arbeit in den zurückliegenden fünfjährigen Jahren gegeben. Deutlich wurde, dass die Sozialdemokraten nach wie vor bestimmende Kraft in der Gemeinde im Rotm Maintal sind und bleiben wollen und im Gemeinderat zusammen mit ihm die Weichen stellen. So soll es auch in der nächsten Wahlperiode sein.

Ziele und Projekte stellte Dötsch vor, so die Sanierung der kommunalen Wasserversorgung, da das Kanalnetz mittlerweile über 50 Jahre alt ist. Dies solle ebenso wie der Straßenausbau Zug um Zug fortgesetzt werden. Ausführlich ging Dötsch auf die Sporthalle in Altenplos ein. Durch den starken Rückgang der Schülerzahlen war die Schule nicht zu halten. Der Verkauf der Schule an eine Immobilienfirma sei perfekt, am 12. Oktober werde das Gebäude übergeben.

Der Bau der neuen Sporthalle sei ein „wahnsinniger Kraftakt“, werde aber vorangetrieben, da sie für Altenplos unverzichtbar ist. Weiter nannte er die Dorferneuerung in Unterwaiz, die fast vollendete Restvermarktung des Baugebietes Dürrwiesen und den Ausbau der gemeindlichen Krippenplätze als Ziele. Heinersreuth soll eine familienfreundliche Gemeinde bleiben, dies gelte auch für Familien, die sich kein eigenes Haus leisten können.

Daher werde der Mietwohnungsbau weiter gefördert. Nach der Vorstellung der 16 Kandidaten und vier Ersatzkandidaten für die Gemeinderatsliste wurde der vorgeschlagene Block einstimmig verabschiedet.

Auf Platz eins steht Bürgermeister Hans Dötsch, gefolgt von Fraktionsvorsitzender Elisabeth Linhardt, dem SPD-Vorsitzenden Reiner Böhner, Gernot Schönauer, Ingrid Kohler, Helmut Franke, Marion Fick, Matthias Weiß, Hannelore Winterstein, Jürgen Weigel, Eva Pfahler, Susanne Beierlein, Uwe Rupprecht, Norbert Eichler, Thomas Timpel und Hans-Martin Götz. Ersatzkandidaten sind Elvira Pfahler, Erwin Wittek, Ida Pöhner und Hanss-Karl Purucker.

*Frankenpost vom 5. Oktober 2007*

## **Stehende Ovationen für Franz Maget**

### **SPD Bindlach feiert 100-jähriges Bestehen – Hohe Auszeichnung für Altbürgermeister**

Mit stehenden Ovationen wurde Bayerns SPD-Oppositionsführer Franz Maget als Festredner bei der Feier des 100. Jubiläums des Bindlacher SPD-Ortsvereins im TSV-Saal begrüßt - und mit ihm viel Politprominenz. Im Verlauf des Abends wurde Bindlachs Altbürgermeister Hans Steininger für sein kommunalpolitisches Lebenswerk mit 28-jähriger Bürgermeistertätigkeit und 55-jähriger SPD-Mitgliedschaft mit der höchsten SPD-Auszeichnung, der Willy-Brandt-Medaille, geehrt. Im festlich dekorierten TSV-Saal moderierte Vorsitzender Volker Neisser eine PowerPoint-Präsentation über die eigentlich 102-jährige Geschichte des SPD-Ortsvereins; die Gründungsurkunde vom 2. August 1905 war erst zu einem späteren Zeitpunkt entdeckt worden.

Das sozialdemokratische Gedankengut fand, wie Neisser erinnerte, in der landwirtschaftlich strukturierten Gemeinde mit vielen Arbeitern in der Bayreuther Textilindustrie fruchtbaren Boden. 1933 war dem Vorsitzenden zu Folge in Bindlach der stärkste SPD-Ortsverein des Bayreuther Bezirks. Als Hans Steininger 1960 in den Gemeinderat eingezogen und 1966 zum Bürgermeister gewählt worden sei, hätten die großen „Aufschwungjahre“ eingesetzt mit absoluten Mehrheiten im Gemeindeparlament bis zur Gebietsreform 1978. 28 Jahre habe Steininger die Geschicke der Gemeinde gelenkt. 1990 sei die SPD mit sieben von 20 Sitzen wieder stärkste Fraktion geworden.

Seit 1994, als CSU-Mann Hermann Hübner das Bürgermeisteramt übernahm, habe die SPD-Fraktion konstruktive und fruchtbare Oppositionsarbeit mit einer Vielzahl von Initiativen geleistet. Heute werde die SPD von sechs Gemeinderäten im 20-köpfigen Gremium vertreten, und man erhoffe sich bei der Kommunalwahl 2008 eine Steigerung. Bundestagsabgeordnete Anette Kramme unterstrich, dass die große Partei SPD nur deshalb die Lebensbedingungen verbessern konnte, weil es immer „großartige Menschen gab und gibt, die den Mut hatten und haben an vorderster Front dafür zu kämpfen“. SPD-Landratskandidat Karl Lothes gratulierte im Namen des Kreisverbandes. Kulmbachs Kreisvorsitzender Ingo Lehmann, Bezirksrätin Inge Aures, Bindlachs CSU und die Wahlgemeinschaft Bindlach sowie etliche SPD-Vereine und Ortsvereine bildeten den Gratulationsreigen. Bürgermeister Hermann Hübner rief dazu auf, Selbstbewusstsein als Mitglied demokratischer Parteien zu zeigen.

Dem Jubelverein bestätigte er ein „sachliches, kritisches und freundschaftliches Miteinander“ in der Kommunalarbeit. Gespannt war man auf die Festansprache des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Franz Maget, der dem Jubelverein mit fast 100 Mitgliedern eine „hervorragende Positionierung mit besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterarbeit“ bescheinigte. „Die SPD ist durch nichts tot zu kriegen“, begann er seine 40-minütigen Ausführungen zur 145-jährigen SPD-Historie. Die SPD habe dafür gesorgt, dass Deutschland eine Demokratie wurde, die es immer wieder zu verteidigen und weiter zu entwickeln gelte. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zog sich wie ein Roter Faden durch die Rede - ob es um den Anteil am Wohlstand, um Mindestlöhne, Krankenversorgung oder um die sozialen Sicherungssysteme, vor allem um die gesetzlichen Renten, ging.

Auf der Ehrungsliste standen für 25-jährige SPD-Zugehörigkeit Jörg Appelt und Werner Kögler, die an der Entgegennahme der Auszeichnung verhindert waren, ebenfalls die „40-jährigen“ Parteimitglieder Helmut Irmeler und Siegmund Kretschmar. Bindlachs SPD-Fraktionsvorsitzender Jürgen Masel erhielt die Auszeichnung mit Urkunde für 25-jährige Parteizugehörigkeit. Eine Sonderehrung wurde Altbürgermeister Hans Steininger für seine 55-jährige SPD-Zugehörigkeit zuteil. Er erhielt nicht nur Ehrennadel, Urkunde und Ehrenteller, sondern auch die Willy-Brandt-Medaille.

*Fränkischer Tag vom 5. Oktober 2007*

**„Schämt Euch, haut ab“**

**Rund 2000 Bürger aus der Region setzten sich in Gräfenberg für Demokratie und Menschenrechte ein - Kundgebung der Nazis war von Pfiffen begleitet.**

Von einem wütenden Pfeifkonzert und Buh-Rufen begleitet war die Kundgebung der rund 100 Neonazis, vorwiegend aus dem Raum Nürnberg, am „Tag der Deutschen Einheit“ auf dem Marktplatz in Gräfenberg. Die Polizei verhinderte mit Absperrgittern und Einsatzfahrzeugen ein Aufeinandertreffen der Rechtsradikalen und der Gegendemonstranten des Bürgerforums „Gräfenberg ist bunt“, denen der Marktplatz ab 11 Uhr wieder alleine gehörte. Neben dumpfen Parolen hatten die Rechtsradikalen zwei zentrale Botschaften: „Das Denkmal ist für alle da“ und „Bier ist noch für alle da!“ Ihr Rückzug unter massivem Polizeischutz wurde begleitet von Schmährufen („Lasst euch Haare wachsen“, „Schämt euch“, „haut ab“ und zahlreichen Mittelfingern, die ihnen entgegen gestreckt wurden. Das missglückte Wendemanöver eines Fahrzeuges mit Forchheimer Kennzeichen und den Kennbuchstaben „NS“ wurde mit „Üben, Üben -Rufen“ begleitet“. Beim anschließenden ökumenischen Gottesdienst auf dem Marktplatz in einem 500-Mann-Zelt, das aus allen Nähten platzte, trug Pfarrer Wolfgang Kuntze nicht nur eine bunte Stola, er bekräftigte auch: „Gottes Welt ist bunt“. Gleichzeitig rief er zu Einheit, Frieden und sozialer Gerechtigkeit auf. Bei dem Gottesdienst mit Gospels und rhythmischen Liedern unterstrich der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Arno Hamburger: „Wenn wir die Botschaft Christi ernst nehmen, ist das die Basis, dass Radikale niemals eine Chance haben“. Regionalbischof Stefan Nitsche ermahnte: Es genüge nicht Reden zu schwingen, entscheidend sei das persönliche Beispiel. Bürgermeister Werner Wolf, Gräfenberg, hatten die Prediger „aus dem Herzen gesprochen“.

Er freute sich über die grandiose Unterstützung, die das Bürgerforum Gräfenberg und die Aktion „Für Demokratie und Menschenrechte durch die insgesamt rund 2000 Teilnehmer erfuhr. MdB Thomas Silberhorn, der ebenso nach Gräfenberg gekommen war wie MdL Eduard Nöth, der künftige Landtagsabgeordnete Peter Eismann oder JU Kreisvorsitzender Michael Hofmann, sprach von einer „Perversion“, dass ausgerechnet die Nationalsozialisten, die Schuld hätten an der Teilung Deutschland, nationale Symbole der Demokratie für sich vereinnahmen wollten. Im Gegensatz zum Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD), der für ein erneutes Verbotverfahren der NPD plädierte, riet Silberhorn zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Gegner. Zwar könnten durch ein Verbot der Geldhahn zgedreht werden, die Gesinnung aber lasse sich nicht verbieten. So kündigte der Parlamentarier an, dass die Bundesregierung für Gräfenberg jährlich 100 000 Euro zur Verfügung stelle, die für politische Aufklärungsarbeit gegen Rechtsradikalismus genutzt werden sollten. Hartmut Reimanis, Oberbürgermeister aus Schwabach rief dazu auf, ein Städtenetzwerk gegen Rechtsextremismus ins Leben zu rufen. Ein Sprecher der antifaschistischen Fraktion Nürnberg würdigte den zivilen Ungehorsam der Gräfenberger und stellte zufrieden fest: „Widerstand lohnt sich“.

Er setzte sich für konsequente Aufklärung in Sachen Nationalsozialismus ein. Das sei leider kein deutsches Problem bekannte der Europa-Parlamentarier und Landesvorsitzende der Jungen Union, Manfred Weber aus Wildenberg (Landkreis Kelheim). Auch in Polen und anderen europäischen Ländern seien nationalistische Tendenzen erkennbar. Umso lobenswerter sei das unglaubliche Engagement der Gräfenberger bestätigte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Susan ne Kastner (SPD). Sie warb für Demokratie, Toleranz und Akzeptanz. Ihre Parteikollegin MdB Anette Kramme sowie die Grünen-Politikerinnen Ulrike Gote und, Elisabeth Scharfenberg kamen nicht mehr zu Wort. Stattdessen zeigte das Bürgerforum Gräfenberg mit dem Sprecher Michael Helmprobst an der Spitze auch musikalische Wege der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. So betrat „Quiet Storm“ von den Brother-Keepers die Bühne um seine Stimme gegen braunes Gedankengut und rechte Gewalt zu erheben. Die Brother Keepers sind ein Verein und Künstlerzusammenschluss, der sich gegen Rassismus und für Gleichberechtigung engagiert.

*Nordbayerischer Kurier vom 2. Oktober 2007*

### Politik in der Aula

#### Am MWG fand eine Podiumsdiskussion zum Thema Auslandseinsatz Afghanistan statt

Statt den üblichen Fächern Mathe und Deutsch stand gestern Politik auf dem Stundenplan der 10. und 11. Klassen des MWG. in der Aula diskutierten sie mit den Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD) und Hartmut Koschyk (CSU) über den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Nach einer Zusammenfassung der gegenwärtigen Lage in Afghanistan eröffnete Schülersprecher Jakob (18) die Diskussion. Seine Sorge, er müsste den Gesprächsverlauf alleine lenken, erwies sich schnell als unbegründet. Die Aula war bis auf den letzten Platz besetzt und die Schüler trauten sich recht schnell, Fragen zu stellen.

Da nicht jeder 16-Jährige über den Afghanistaneinsatz Bescheid weiß, wurden die Schüler von ihren Lehrern im Unterricht auf die Diskussion vorbereitet. Dadurch konnten die Zehnt- und Elftklässler auch durchaus kritische Fragen stellen. Anette Kramme sagt, sie verstehe, dass viele Jugendliche gegen den Afghanistaneinsatz seien. „Ich weiß, wie ich das als Schülerin gesehen habe. Da habe ich auch gesagt, nein, das will ich nicht, aber das war eine Entscheidung aus dem Bauch heraus“, sagt die SPD-Politikerin. Man dürfe nicht nur die Gefahren sehen, sondern auch die Erfolge der Auslandseinsätze der Bundeswehr, betonen die Politiker einmütig. „Es ist eine gemischte Bilanz, schließlich wurde schon viel erreicht“, sagt Kramme, „ES gibt eine neue Verfassung, die Polizei in Afghanistan wurde aufgebaut und den Kindern der Zugang zur Bildung ermöglicht.“ Wie es denn in einer Demokratie sein könne, dass die Mehrheit der Deutschen gegen den Afghanistaneinsatz war und dann im Parlament doch für den Einsatz gestimmt wurde, will ein Schüler wissen. „Manchmal ist im Volk eine andere Stimmung als im Parlament, danach kann man sich nicht immer richten“, erkläre Koschyk.

„Dafür können die Bürger dann bei der nächsten Wahl entscheiden, ob sie mit den Entschlüssen des Parlaments zufrieden waren oder nicht.“ Die beiden Bundestagsabgeordneten erklären auch den Schülern die Verantwortung Deutschlands gegenüber der internationalen Gemeinschaft. „Wir müssen überlegen, was geschieht, wenn wir in die Welt hinausgehen. Wir können nicht zu europäischen Ländern sagen: Bringt ihr eure Soldaten in Gefahr, aber unsere bleiben zu Hause.' Deutschland muss zu seinen Partnern halten“, erkläre Kramme. Zudem betone sie, dass niemand unfreiwillig nach Afghanistan geschickt werde. Ob es nicht zu gefährlich für die deutschen Soldaten sei, fragt ein Schüler. „Natürlich ist die Gefahr da.

Aber wir dürfen uns nicht abschrecken lassen“, sagt Koschyk. Er sei beeindruckt von Gesprächen mit Menschen, die den Schrecken in Afghanistan miterlebt haben. „Diese Menschen sagen: Wenn sich die internationalen Gruppen zurückzögen, dann ginge alles von vorne los', deshalb bin ich sicher, dass wir das Richtige tun“, sagt der CSU-Politiker. Auch die sehr hohen Ausgaben für das Militär im Vergleich zu den Ausgaben für Entwicklungshilfe rechtfertigt Koschyk auf die Frage der Schüler hin. „Man kann keinen Entwicklungshelfer in Afghanistan ungeschützt allein lassen.

Deshalb brauchen sich die Zahlen der Militärkosten nicht hinter denen der Entwicklungshilfe zu verstecken“, erklärt er. Nach der Podiumsdiskussion waren die Schüler geteilter Meinung. Schülersprecher Jakob war zufrieden mit der Veranstaltung, andere Schüler weniger. „Die Politiker haben ihre Meinung. Die werden sie jetzt nicht ändern, bloß weil sie mit uns gesprochen haben“, sagt Rike (16). Die 15-jährige Marleen ist ebenfalls enttäuscht, „Ich habe fast nichts verstanden. Die Politiker haben alles nur umschrieben und nichts direkt erklärt.“ Schülersprecher Jakob hatte die Podiumsdiskussion organisiert. Er würde eine solche Veranstaltung gerne wiederholen. Das Thema „Afghanistan – Ein Spielplatz für die Bundeswehr“ war aus aktuellem Anlass gewählt worden. Schließlich muss das Parlament im Oktober entscheiden, ob das Afghanistanmandat verlängert wird.

*Bayreuther Sonntag vom 30. September 2007*

### **Überraschungen bei der SPD**

#### **Coco Sturm und Friedhelm Esch ziehen zurück – Liste mit neuen Namen**

Am Ende einer langen Sitzung im Becher-Saal zur Nominierung der Kandidaten für die Liste zu den Stadtratswahlen im März 2008 brachte es SPD-Spitzenkandidatin Beate Kuhn in ihrem Schlusswort auf den Punkt: „Wir haben hier heute Abend Demokratie erlebt.“

Eine Nominierungsversammlung hat für jede politische Gruppierung besondere Brisanz. Wer 44 Kandidaten für ein politisches Gremium nominieren muss, wird nur selten überall Beifall finden. Die CSU hat es vor zwei Wochen erfahren, Im Gegensatz zur CSU fanden die Sozialdemokraten den Mut, dies in öffentlicher Versammlung zu tun.

Dass dabei auch einige Disharmonien an die Öffentlichkeit kamen, liegt in der Natur der Sache. 58 Delegierte hätten zu entscheiden. Bis Platz 5 verläuft alles nach Wunsch. Dann kommt ein Paukenschlag: Vorgeschlagen für Platz 6 ist Thomas Bauske, doch Stadtrat Rudi Hofmann, ihn hat die Findungskommission auf Platz 18 gesetzt, setzt sich als Gegenkandidat durch. Für Platz 8 heißt der Vorschlag Roland Dörfler, aus der Versammlung wird Cornelius (Coco) Sturm als Mitbewerber ins Rennen geschickt. Sturm unterliegt.

Auf Platz 10 präsentiert die Findungskommission eine echte Überraschung: Roland Sack, Kreisgeschäftsführer des VdK Bayreuth. Die Delegierten schlagen für diesen Platz Thomas Bauske oder Michael Struck vor. Bundestagsabgeordnete Anette Kramme ergreift das Mikrofon, plädiert für Sack, stellt die Bedeutung des VdK heraus. „In seiner Funktion für den VdK kann er überall hin, sitzt auf jedem Podium.“ Thomas Bauske zieht zurück, Sack entscheidet die Abstimmung für sich. Bei Platz 12 ein kleines Scharmützel. Vorgeschlagen ist Jörg Grieshammer, Coco Sturm bringt Halil Tasdelen auf die Tagesordnung. Seine Begründung: Die SPD stehe für Integration ausländischer Mitbürger, dies müsse sich in der Liste widerspiegeln. Die Versammlung entscheidet sich für Grieshammer. Auf Platz 13 Karin Heimler. Sie hat keinen Gegenkandidaten, trotzdem wird geheime Abstimmung gefordert. Das Ergebnis: 48 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen. Manfred Kreitmeier auf Platz 14 wird gegen Thomas Bauske und Halil Tasdelen in zwei Wahlgänge „gezwungen“

Zuvor hat Altoberbürgermeister Dr. Dieter Mronz in einem kurzen Plädoyer festgestellt, dass Platz 14 für einen Mann wie Kreitmeier „grenzwertig“ sei. Coco Sturm ist für Platz 16 vorgeschlagen, verzichtet zugunsten Halil Tasdelen. Doch die Versammlung schlägt zudem Christian Masser, Friedhelm Esch und Thomas Bauske vor.

Den zweiten Wahlgang entscheidet Tasdelen gegen Esch für sich. Nach diesem Abstimmungsergebnis ist klar: Bei Coco Sturm und Friedhelm Esch wird im Laufe des Abends noch etwas passieren. Und so kommt es denn auch. Beide ziehen ihre Kandidatur auf der Liste der SPD zurück. Sturm: „Ich will glaubwürdig bleiben“. Esch: „Es geht mir darum, dass ich der einzige echte Gewerkschaftler auf dieser Liste bin, doch hier wird die Gewerkschaft nicht berücksichtigt, unter diesen Umständen will ich nicht auf dieser Liste stehen.“

Stadtverbandsvorsitzender Christoph Rabenstein ist am Ende der Versammlung trotz der Disharmonien zufrieden: „Es war ein anstrengendes Verfahren. Wir wollten verjüngen, dies ist uns zum Beispiel mit Hannaleena Pöhler und Simone Schreiner gelungen, und wir wollten Kandidaten von außerhalb gut platzieren, Roland Sack, Brigitte Bilo-Jaeger oder auch Hannelore Gebelein sind Beispiele hierfür: „Mit dieser Liste“, so Rabenstein, „werden wir unser Ziel, stärkste Fraktion im Stadtrat zu werden, erreichen.“

*Eigenbericht 24. September 2007*

### **Anette Kramme im Gespräch mit Netzwerk AK Jugendarbeitslosigkeit**



Im Rahmen eines Informationsaustausches hatte das Netzwerk AK Jugendarbeitslosigkeit die SPD-Bundestagsabgeordnete Frau Anette Kramme zum Stadtjugendring eingeladen. Die anhaltend schwierige Situation auf dem Ausbildungsmarkt, die bisherigen Maßnahmen der Politik und die Vorstellung des Netzwerkes in der Bamberger Region bildeten die Gesprächsthemen.

Frau Kramme blickte auf den Maßnahmenkatalog der Bundesregierung der vergangenen Jahre zurück und legte Statistiken zur Entwicklung der Lehrstellensituation vor. Die Vertreter aus dem Arbeitskreis betonten, dass die aufgezeigten Programme und Maßnahmen allesamt in Bamberg auch angewandt werden und wurden. Trotzdem liegt Bamberg in Bayern ganz am Ende hinsichtlich des Lehrstellenangebotes im Verhältnis zu den Bewerbern. Die gravierenden strukturellen Probleme konnten also bisher durch die Maßnahmen nicht verbessert werden.

Frau Kramme zeigte sich von einigen erfolgreichen Projekten unserer Arbeit sehr beeindruckt. So ist der unabhängige Ausbildungsverein Bamberg-Forchheim einzigartig in unserer Region und bietet nun bereits Ausbildungsplätze für zwei komplette Abgangsklassen.

Unser Engagement für Praxisklassen sowie auf Ausbildungsmessen, der Einsatz des Info-Mobils der ME-Industrie an Hauptschulen und die Angebote des bfz für behinderte Jugendliche haben dazu geführt, dass unser Netzwerk auch vom Bayerischen Jugendring als wichtiger Partner geschätzt wird. Aufgrund der vorhandenen Kompetenz und Kreativität des Netzwerkes AK Jugendarbeitslosigkeit möchte Frau Kramme den Kontakt gerne vertiefen und Bamberger Vertreter zu Veranstaltungen in ihrem Wahlkreis Bayreuth einladen.

Johannes Wicht, stellvertretender Vorsitzender des SJR, bedankte sich für das intensive Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten. Er appellierte abschließend an die Politik, alle Anstrengungen dafür zu unternehmen, im Interesse der Jugendlichen in unserer Region eine Vielfalt an Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen.

*Nordbayerischer Kurier vom 17. September 2007*

### **Frauenquote vergällte Genossen die Kandidatenwahl**

#### **Rund drei Stunden diskutierten und stritten die SPD-Delegierten über die Listenplätze bei der Kreistagswahl – Problem mit Platz zehn**

Ein basisdemokratischer Akt für die einen, eine unsäglich lange und überflüssige Prozedur für die anderen: Fast drei Stunden benötigten die Delegierten der SPD-Ortsvereine im Landkreis Bayreuth, um ihre 60 Kandidaten für die Kreistagswahl im März kommenden Jahres auf der Liste zu platzieren. Die Vergabe der Plätze regelt die Satzung. Auf ungeraden Plätzen rangieren Männer, gerade Plätze sind Frauen vorbehalten. So gab es bis zur Vergabe des zehnten Platzes keine Probleme:

Zwischen dem ersten, mit Landratskandidaten Karl Lothes besetzten Platz bis zum neunten, auf dem der Gefreeser Bürgermeister Harald Schlegel rangiert, wurde die Quotenregelung eingehalten, so dass die Zustimmung problemlos erfolgte. Die Querelen begannen mit dem zehnten Platz, der dem Goldkronacher Bürgermeister Günter Hoppert vorbehalten war. Weil aber Kandidatinnen diesen geraden Platz beanspruchten, zog Hoppert seine Kandidatur zurück. Nach heftiger Diskussion und eindringlichen Worten des Kreisvorsitzenden Hans Dötsch fand sich eine Lösung. Statt Hoppert erhielt Doris Bude den Platz, während Hoppert auf den elften gewählt wurde. Obwohl der Liste im Vorfeld von den Ortsvereinen als auch den Kandidaten zugestimmt worden war, wurde um weitere Plätze heftig gerungen.

Mit dem Ergebnis, dass zwar die Quotierung durchgesetzt wurde, aber einige Kandidaten ihre Bereitschaft zurückzogen. So verzichtete der Pegnitzer Uwe Raab ebenso wie der Mistelbacher SPD-Vorsitzende Matthias Mann, der Creußener Peter Goldbach und Karl Hummel aus Hummeltal. Bundestagsabgeordnete Anette Kramme wies trotz mehrfacher Aufforderung eine Kandidatur zurück. Ihre Tätigkeit in Berlin verhindere, sich mit voller Kraft im Kreistag zu engagieren. Sie wolle nicht riskieren, dass es ihr negativ ausgelegt werden könne, sollte sie aus Termingründen nicht an den Sitzungen teilnehmen können. Dies habe sie im Vorfeld auch dem Kreisvorsitzenden Dötsch so mitgeteilt.

### **Kommunalpolitiker zu Gast in Berlin Anette Kramme lädt Genossen in die Bundeshauptstadt ein**



Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme besuchten Kommunalpolitiker und Parteimitglieder aus dem Landkreis die Bundeshauptstadt zu einer politischen Bildungsfahrt. Auf dem Programm des dreitägigen Aufenthaltes stand neben dem Besuch des Bundestags unter anderem auch die Besichtigung eines ehemaligen Stasi-Gefängnisses in Ostberlin.

*Nordbayerischer Kurier vom 17. September 2007*

### **Voller Einsatz für „unsere Region“**

#### **Delegierte der SPD-Ortsvereine nominierten mit großer Mehrheit Karl Lothes zum Landratskandidaten**



Mit überwältigender Mehrheit haben die Delegierten der SPD-Ortsvereine im Landkreis Bayreuth am Samstag im Mistelgauer Sportheim Karl Lothes zum Kandidaten für die Landratswahl im kommenden März gewählt. 57 der 60 Delegierten stimmten für den 49-jährigen Pegnitzer Lothes.

Das Ziel für die Wahlen im März 2008 lautet 14 plus x. 14 Kreisrätinnen und Kreisräte stellt die SPD im Kreistag. Das sind viel zu wenig, betonte Kreisvorsitzender Hans Dötsch, und entspreche nicht der Bedeutung, nicht dem Sachverstand und nicht der „intelligenten Arbeit im Kreistag und an vielen anderen Stellen“.

Die Devise laute „vorwärts“, sagte Dötsch, und betonte: „Wenn wir uns nicht selbst im Weg stehen, dann kann der 2. März ein Tag der Renaissance sozialdemokratischer Politik im Bayreuther Land

werden.“ Die SPD stehe auf jeden Fall auf der Seite der Kommunen und der Menschen dieser Region. Für die Ziele der SPD gelte es zu trommeln.

Dötsch: „Es darf nicht dazu kommen, dass die, die unsere Heimat vernachlässigen, auch noch gewählt werden.“ Gewählt werden soll stattdessen Karl Lothes, der die Gelegenheit nutzte, sich und sein politisches, gesellschaftliches und kulturelles Engagement vorzustellen.

Der 49-Jährige, aus Hainbronn bei Pegnitz stammende Verwaltungswirt, der bei der Landesversicherungsanstalt seine berufliche Karriere startete, ist nicht nur aktiv in zahlreichen Vereinen und Verbänden und als Schöffe am Amtsgericht Bayreuth tätig, sondern auch seit 1985 in der SPD engagiert. Unter anderem führte er lange Zeit seinen SPD-Ortsverein als Vorsitzender an. Seit 15 Jahren ist Lothes stellvertretender Kreisvorsitzender der SPD und seit 2003 Kreisvorsitzender der Sozial-demokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

Im Mittelpunkt seiner politischen Arbeit stünden für ihn, so Lothes weiter, die sozialdemokratischen Grundsätze und der „Einsatz für unsere Region“. Sein vorrangiges politisches Ziel sei, eine lebens- und lebenswerte Zukunft für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Um dieses Ziel umzusetzen, engagiere er sich auch im Verein Alternative Sonnenenergienutzung. Überhaupt, so Lothes weiter, seien es für ihn angesichts der neuesten Erkenntnisse über die Gefährdung des Klimas keine leeren Worthülsen, global zu denken und lokal zu handeln. Dazu gehöre auch, dass für ihn die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs einen Schwerpunkt seiner politischen Arbeit darstelle.

*Fränkischer Tag vom 10. September 2007*

### **Themensuche im ländlichen Raum**

#### **SPD-Politiker Anette Kramme und Florian Pronold besuchten Landkreis**

Die SPD in Bayern hat sich viel vorgenommen. Die Entwicklung des ländlichen Raumes möchte sie in die Hand nehmen, oder besser gesagt: Die Rückentwicklung stoppen. Stichwort Landflucht, Stichwort mangelnde Infrastruktur. Man möchte hinzufügen: Stichwort Oberfranken. So ernst das Anliegen der Genossen ist, es entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Denn gerade im ländlichen Raum, da wo die SPD Veränderung herbeiführen will, hat die CSU ihren Stammwähler. Zu einem kurzen Treffen mit Meinungs-austausch über die Probleme des ländlichen Raumes, fanden sich am Samstagvormittag Vertreter der Kreistags-SPD sowie MdB Florian Pronold und MdB Anette Kramme im Konventbau ein.

In dem Gebäude also, in dem auch die Schule für Dorf und Flurentwicklung ihren Sitz hat. Was Pronold und Kramme vorbrachten: Die Infrastruktur ist maßgeblich für die Lebensqualität in ländlichen Gebieten. Und zur Infrastruktur gehört mehr als nur eine gut geteerte Straße. Folglich: Wer keinen Kindergartenplatz findet, der siedelt sich nicht auf dem Lande an. Wer keinen Arbeitsplatz findet auch nicht, und wenn der ländliche Raum gar mit DSL-Anschlüssen unterversorgt bleibt, dann ist das ein Hemmschuh für die Ansiedlung von Industrie. Keine Industrie - keine Zuzüge - weniger Schüler, weniger Schüler - Auflösung der Schulstandorte, schließende Schulen - neue Wegzüge.

Man kann es drehen wie man will, alles ist miteinander verwachsen. Und über allem hängt die Überalterung der Gesellschaft. Das klingt fast so, als ob schon die richtige Reihenfolge der Gegenmaßnahmen von entscheidender Bedeutung sein könnte. Nein, das sei nicht so, gab der Bürgermeisterkandidat für Lichtenfels, Winfred Bogdahn an. „Man kann an allen Stellschrauben ein wenig drehen und die Verbesserungen würden innerhalb eines Jahres sichtbar.“ Und warum macht das die CSU dann nicht? Weil sie die Probleme des ländlichen Raums erst nach 50 Jahren als Thema für sich entdeckt habe, so Pronold. Anregungen sammeln, darum ging es dem jungen Niederbayern und seiner Bundestagskollegin aus Bayreuth, denn es gelte, „jetzt Hausaufgaben zu entdecken“.

Oberfranken sei die einzige Region in Bayern, in der ein Bevölkerungsabgang zu verzeichnen ist, so Pronold. Von dieser Entwicklung betroffen ist auch der Landkreis Lichtenfels, der binnen weniger Jahre auf eine Einwohnerzahl unter 70 000 gerutscht ist. Was Oberfranken gut täte, wäre eine ordentliche Finanzspritze. Freilich müsste man dann anderswo einsparen und Pronold wüsste schon wo. „Wir wollen den Transrapid beerdigen“, so der junge Genosse. Zwar ist der Transrapid Teil des Koalitionsvertrages, aber der Nutzen mag Pronold nicht so recht einleuchten. Die für dieses Projekt locker gemachten Gelder sähe er in den Regierungsbezirken besser aufgehoben.

100 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen sprängen nach Pronolds Ermessen allein für Oberfranken heraus. Auch das Thema DSL-Anschluss für die ländliche Region wurde erörtert. „DSL-Anschlüsse sind so notwendig wie Wasser und Strom“, sagte Winfred Bogdahn und argumentierte mit dem Verfassungsauftrag, wonach flächendeckend gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen seien. Und eben für eine flächendeckende Versorgung mit DSL-Anschlüssen würde in Bayern zu wenig getan werden, immerhin würde sich wohl kaum ein Betrieb dort niederlassen, wo die Zufahrt zur Datenautobahn Internet nicht gegeben sei. Manches von dem, was Pronold und Gramme vor brachten, war keine Kritik am politischen Gegner. Vielmehr erweckten die beiden Bundespolitiker den Eindruck, als begannen sie gerade mit einer Stoffsammlung.

*Fränkischer Tag und Nordbayerischer Kurier vom 10. September 2007*

### **Keine Arbeit um jeden Preis**

#### **Oberfranken-SPD macht sich für flächendeckende Mindestlöhne stark**

Die flächendeckende Einführung von Existenz sichernden Mindestlöhnen hat die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und neue oberfränkische SPD-Bezirksvorsitzende Anette Kramme beim außerordentlichen Bezirksparteitag der Sozialdemokraten am Samstag in Schnabelwaid gefordert. Es sei ein gesellschaftlicher Skandal, dass viele Friseurinnen häufig nur knapp mehr als drei Euro in der Stunde verdienen und dass ein Zimmermädchen in einem Hotel für etwas mehr als zwei Euro pro Stunde arbeiten muss, obwohl man dort durchschnittlich 200 Euro pro Nacht bezahlt, sagte Kramme.

Die Einberufung eines außerordentlichen Bezirksparteitags war notwendig geworden, weil bereits in der kommenden Woche die Antragsfrist für das neue SPD-Grundsatzprogramm endet. Das neue Programm wurde im Januar in Bremen vorgestellt und soll Ende Oktober in Hainburg verabschiedet werden. Die Anträge der Delegierten aus Oberfranken beschäftigten sich mit Verbesserungen und Ergänzungen etwa beim Thema Verteilungsgerechtigkeit oder bei der Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn, den die Delegierten schärfer als zentrales politisches Ziel im neuen Programm verankert sehen möchten. 20 von 27 EU-Staaten hätten den Mindestlohn bereits, sagte Kramme. Nur in Deutschland glaubten noch einige, dass ein Mindestlohn zum Verlust von Arbeitsplätzen führe. Arbeit für alle sei zwar das oberste Ziel der SPD, doch es müsse auch gute Arbeit sein und nicht Arbeit um jeden Preis. Dabei kritisierte die Bezirksvorsitzende auch den Einsatz von Praktikanten als billige Arbeitskräfte oder andere unsichere Beschäftigungsformen wie etwa unfreiwillige Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, Minijobs oder Scheinselbstständigkeit.

Um überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben oder im Arbeitsmarkt, zu bleiben, würden sich viele Menschen auf Löhne einlassen, die nichts mit anständiger Arbeit mehr zu tun hätten. Ziel der SPD sei es, um das Normalarbeitsverhältnis zu kämpfen, dies bedeute, dass ein Beschäftigungsverhältnis vor allem unbefristet und obligatorisch sozial versichert sein müsse. Die SPD stehe für Wohlstand und Sicherheit für alle, sagte der stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD und Chef der SPD-Landesgruppe im Bundestag, Florian Pronold. Die CDU/CSU strebe dagegen amerikanische Verhältnisse an. Auch er prangerte Arbeitsverhältnisse an, die der Ausbeutung gleichkämen. Der Staat spare nicht wirklich, wenn Minilöhne aus Steuermitteln aufgestockt werden müssen. Ein gesetzlicher.

Mindestlohn würde dagegen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künftig wieder die Unternehmer und nicht die Allgemeinheit den Lohn bezahlen. Am Rande des SPD-Bezirksparteitages gab es auch jede Menge Holm und Spott für den angekündigten Wechsel von Bayerns Verbraucherschutzminister Werner Schnappauf zum Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). „Ich wage zu bezweifeln, ob sich der BDI tatsächlich einen Gefallen damit tut, wenn er sich, den wohl erfolglosesten CSU-Minister ins Boot holt“, so Kramme. Traurig sein müsse niemand darüber, dass der „Minister für Krisen und Kommunikationspannen“ der Politik den Rücken kehre. Pronold nahm sich in seinen Seitenhieben bereits Schnappaufs möglichen Nachfolger Markus Söder vor: Bayern werde wohl künftig die Wachstumsregion für Windenergie werden, sagte Pronold, denn niemand verbreite so viel heiße Luft wie Söder.

*Bayerische Rundschau vom 10. September 2007*

**„Mainleus maßgeblich mitgestaltet“**

**Der SPD-Ortsverein feierte sein 100-jähriges Bestehen. Ehrung treuer Mitglieder.**

Mit wehenden Fahnen zogen sie in die Sommerhalle: Honoratioren, Ehrengäste und fast alles, was in der oberfränkischen SPD Rang und Namen hat. Mit einem großen Festabend feierte die Mainleuser Sozialdemokraten das 100-jährige Bestehen, verbunden mit dem Unterbezirkstreffen. Geschenke gab es zuhauf, Vorsitzender Klaus Marx, der an diesem Abend übrigens seinen 52. Geburtstag feierte, musste angesichts der zwei Geburtstage unzählige Hände schütteln. Natürlich kam die Politik neben dem Feiern nicht zu kurz, zumal mit MdB Florian Pronold, dem Vorsitzenden der SPD-Landesgruppe im Bundestag, ein kompetenter Redner zu Gast war.

Doch bis er zu Wort kam, lobten zahlreiche Redner den Jubelverein. Vorsitzender Marx bezeichnete die SPD als eine „tragende Säule im politischen Mainleus“. Man habe die Entwicklung des Ortes maßgeblich gestaltet. „Und wir setzen alles daran, dass es so bleibt.“ SPD-Unterbezirkvorsitzende Christina Flauder versprach, dass sich die Sozialdemokraten „weiter einmischen, wo soziale Gerechtigkeit gefragt ist“. Über das Erreichen der „magischen Zahl 100“ philosophierte der Schirmherr der Veranstaltung, MdL Wolfgang Hoderlein.

„Wer jeden Tag glaubt, er müsste seinen Finger in den Wind halten, und nachgeben, der wird garantiert nicht 100.“ Das gehe nur, wenn die Menschen spürten, „dass es Werte und Ziele gibt“. Und der Ortsverein Mainleus habe immer vermittelt, „wofür er steht und was er will“. Das bestätigte auch Kreisvorsitzender Ingo Lehmann, der von einem „aktiven Ortsverein“ sprach. Dass in Mainleus über Parteigrenzen hinweg gemeinsam gearbeitet wird, das verdeutlichte nicht nur Bürgermeister Dieter Adam in seinem Grußwort, sondern das zeigte auch der Besuch von Vertretern anderer Parteien.

So sorgte beispielsweise der Musikverein Mainleus unter Stabführung von CSU-Gemeinderätin Anneliese Kastner für die musikalische Umrahmung des Festabends. MdB Dr. Carl-Christian Dressel aus Coburg wies darauf hin, dass „eine Mitgliedschaft in einer Partei immer mehr bedeutet als die Mitgliedschaft in einem Verein.“

„Das ist ein Zeichen, dass man hinter unseren Grundwerten steht“. Seine Bayreuther Kollegin Anette Kramme schlug kritische Töne an, was die soziale Lage in Deutschland angeht: „Es ist ein Unding, dass Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben können und bei einem Vollzeitjob ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen müssen.“ Äußerst kurzweilig trugen Vorstandsmitglied Gerd Kammerer und Vorsitzender Marx die Chronik vor („Was ist das Langweiligste bei Jubiläen - die Chronik“).

Ein Hauch von Wehmut kam auf, als beide an den verstorbenen Bürgermeister Werner Grampp erinnerten wie viele andere Redner übrigens auch. Einen Rundumschlag durch die große Politik führte schließlich noch Festredner Florian Pronold.

Der stellvertretende Lande sitzende der SPD kritisierte nie globalisierte Ökonomie, die Hegdefonds, „die möglichst schnell Profit aus den Unternehmen herauspressen wollen, egal was mit den Beschäftigten passiert. Doch wir Sozialdemokraten sagen: Die Wirtschaft muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt.“ Und weiter: „Politik muss die Gemeinwohlinteressen durchsetzen - gegen die Macht des Geldes.“

*Nordbayerischer Kurier vom 5. Oktober 2007*

### **Bürger, die ihren Ort vorantreiben**

#### **Ehrenabend der Gemeinde Heinersreuth: 17 Personen wurden bei großer Feier geehrt**

Karneval im Oktober in der Heinersreuther Schulturnhalle: Ein mitreißende, bunte Samba-Show der Bahia Dance Group, ein Musikduo aus Thüringen und mehr als 200 Besucher, darunter Gäste aus Gotha mit Oberbürgermeister Knut Kreuch an der Spitze, waren die gelungene Umrahmung des Ehrenabends der Gemeinde. Für ihre Verdienste um das Gemeinwohl zeichnete Bürgermeister Hans Dötsch 17 Bürger aus – vom Sportfunktionär bis zum Hausarzt. Er nannte sie Vorbilder, die das Leben in einer Gemeinde lebenswerter machen, für mehr Nähe zueinander sorgen und den Namen der Kommune auch über den Ort hinaus tragen. „Wir brauchen solche Menschen, die sich engagieren und für andere ehrenamtlich einsetzen.“ Auch Zweiter Bürgermeister Werner Kauper machte in der Begrüßung deutlich, dass man im Ehrenamt viel bewegen könne, Bürgersinn sei ein elementarer Grundsatz eines Staates. „In, unseren Ortschaften sind zirka 1000 Einwohner mit jährlich etwa 150 000 Stunden in diesem Sinne tätig.“ In den Laudationes für jeden einzelnen Geehrten unterstrich dann Dötsch noch die Bedeutung der respektablen Leistungen und die Ausdauer, sich auf die verschiedenste Art einzubringen. So sind Werner Tröger und Herbert Müller seit mehr als 30 Jahren in der Feuerwehr Unterwaiz aktiv, immer einsatzbereit, helfen außerdem im Verwaltungsrat mit. Nachahmenswert ist das soziale Engagement von Babette und Hans Kramer, Gertrud und Horst Hader sowie von Alfred Kramer.

Die fünf Heinersreuther haben sich während eines zweimaligen langen Krankenaufenthaltes ihres Nachbarn um alles gekümmert, um Haus, Post, Formalitäten und zusätzlich noch um die Kaninchen. Diese großartige, unkomplizierte Hilfe in Worte zu kleiden, sei schwierig, meinte der Bürgermeister. Ein Leben ohne Sportvereine wäre undenkbar, fügte er an, da gebe es viele treue Helfer. Beim Sportclub Altenplos ist Erika Kronefeld lange Jahre für die Übungsstunden der Kinderturnabteilung zuständig gewesen, war Übungsleiterin der Skigymnastikabteilung und führte das SCA-Ferienprogramm durch. Seit zehn Jahren hat sie das Amt der Schriftführerin inne. Leander Müller engagierte sich lange Jahre in der Jugendarbeit als Betreuerin der E-Jugend und F-Jugend. Und Stefan Merklein übte bis heuer die wichtige Position des Spielleiters der Fußballer mit großem Erfolg aus, was auch der Aufstieg in die Kreisliga beweist. Im SV Heinersreuth setzte Annemarie Böhner in der Kegelabteilung Akzente, war lange Mannschaftsführerin der ersten und zweiten Damenmannschaft, „sie ist die gute Seele der Sparte“. Iris SchneiderBurr ist seit vielen Jahren die Leiterin der Damen-Gymnastikabteilung und gründete eine Nordic-Walkinggruppe. Ihr Ehemann Werner Burr managt als Sportwart die Tennisabteilung, war Jugendleiter und leitet die Herrengymnastik. Seit 1982 in Heinersreuth ist der Hausarzt Dr. Kurt Kielisch ein vorbildlicher Vertreter seines Standes, sagte Dötsch.

Wenn es die Umstände erfordern, kommt er zum Patienten ins Haus und hilft auch, wenn er offiziell nicht im Dienst ist. „Für seine Arbeit mit großem medizinischen Sachverstand und einer Menge an Idealismus danken wir herzlich“, betonte er. Der Altenploser Fritz Höhn ist als seit 20 Jahren tätiger Vorsitzender eine treibende Kraft im Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt, der sich bei, der Altenploser Kindertagesstätte um die Erweiterung der 2. Gruppe und die Neumöbelierung besonders verdient gemacht hat. Ohne den Ortsverein Altenplos gäbe es wahrscheinlich keine Trägerschaft der AWO für den Kindergarten, mutmaßte der Bürgermeister.

Zwei junge Damen beschlossen den Reigen der zu Ehrenden. Julia Dörfler wurde mit der weiblichen A-Jugend von Haspo Bayreuth bayerischer Meister und Leonie Ross schmückte sich in der Vogelzucht mit dem Titel einer deutschen Jugendmeisterin bei Exoten und als Landessiegerin bei der Jungvogelschau in Sonneberg. Mit einem Pauschallob würdigte Dötsch nochmals alle Verdienste. Zum Ehrenabend am Vorabend des 3. Oktobers war auch eine große Abordnung des Kegelclubs Blau-Weiß Gotha gekommen, der nach der Wende mit den Heinersreuther Keglern eine Partnerschaft gründete und am 3. Oktober 1990 vor dem Heinersreuther Rathaus eine Einheitslinde pflanzte

*Bayern Vorwärts online*

## **Der Postmindestlohn wird kommen**

„Auch wenn CDU und CSU den tariflichen Mindestlohn bei den Postbriefdiensten im ersten Anlauf blockiert haben, wird er dennoch kommen, weil wir nicht aufhören werden, ihn zusammen mit den Gewerkschaften zu fordern und auf die Tagesordnung zu setzen.“ Dieses klare Bekenntnis gab der Vorsitzende der BayernSPD und Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, Ludwig Stiegler, auf dem Kleinen Parteitag der BayernSPD am vergangenen Wochenende in Augsburg ab. Zu Recht. Denn jetzt will Kanzlerin Angela Merkel den Post-Mindestlohn-Tarifvertrag durch einen neuen ersetzen.

Im Klartext heißt das für Klaus Barthel, MdB, SPD-Berichterstatter im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie: „Dahinter steht nicht nur ein gebrochenes Verhältnis zur Tarifautonomie, sondern auch zum Wettbewerb: Wer behauptet, ein Stundenlohn von 9 Euro (Ost) oder 9,80 Euro (West) und damit Nettomonatslöhne von unter 1.000 Euro behindern irgendeinen Wettbewerb, der muss sich fragen lassen, ob es Aufgabe von Menschen mit harter Arbeit und niedrigsten Einkommen ist, die Profite internationaler Postkonzerne wie TNT oder UPS zu garantieren.“

„Noch marschieren CDU und CSU an der Leine der Verleger, die ihr Geschäftsmodell rechtswidrig gegen die Sozialklauseln des Postgesetzes, gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen wollen. Damit werden wir uns nie abfinden“, stellt Ludwig Stiegler klar und fordert „CSU und CDU auf, das Halsband der Verleger abzustreifen und zu ihren Zusagen zu stehen, den Tarifvertrag über die Mindestlöhne für allgemein verbindlich zu erklären. Der Wirtschaftsflügel der Union muss aufhören, die Kanzlerin zu knebeln.“

Die Sozialausschüsse der CSU und CDU sind gefordert, Flagge zu zeigen und sich nicht feige zu verkriechen und zu kuschen.“ Scharf greift Ludwig Stiegler den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Neue Postdienste, Florian Gerster, an: „Wer Arbeitnehmer gegen höhere Löhne demonstrieren lässt, hat in der SPD keinen Platz mehr!“

Anette Kramme, MdB, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, stellt eindeutig fest: „Vollzeitarbeit muss mindestens Existenz sichernd sein. Dies muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten.“

*Nordbayerischer Kurier vom 3. November 2007*

### **Nein und Ja zum Tempolimit**

#### **Anette Kramme nicht glücklich über SPD-Beschluss**

Der Beschluss des SPD-Parteitages, für die Einführung eines Tempolimits von 130 auf Autobahnen zu kämpfen, könnte ein heiß diskutiertes Wahlkampfthema werden. Die „freie Fahrt für freie Bürger“ gilt als eine der heiligen Kühe da Nation. Soll man sie schlachten oder nicht, das fragten wir die drei Bayreuther Bundestagsabgeordneten. Die SPD-Abgeordnete Anette Kramme, deren Partei das Thema angestoßen hat, sagte auf Anfrage des KURIERS: „Ich bin über den Beschluss nicht sonderlich glücklich.“

Nur auf wenigen Strecken könnte man noch frei fahren. Auch umweltpolitisch erscheint ihr ein Tempolimit nicht als sinnvoll: „Die Einsparung an Kohlendioxid wäre ganz, ganz minimal.“ Kramme, die privat einen E-Klasse-Mercedes fährt, will auch nicht ausschließen, dass das Thema Tempolimit „beim Wähler nicht so gut ankommt“. Sollte es in der Frage zum Schwur kommen, würde sie als Abgeordnete jedoch für die Parteilinie stimmen: „Ich verbinde damit keine Leidenschaft, es ist für mich keine Gewissensfrage.“

### **SPD setzt Erhalt von 100 hauptamtlichen Stellen beim THW durch. THW Jugend erhält mehr Mittel.**

Die vom Bundesinnenministerium geforderte Absenkung des hauptamtlichen THW-Personals von 800 auf 700 Stellen konnte dank der SPD im Haushaltsausschuss verhindert werden. „Die SPD hat sich in den Verhandlungen erfolgreich durchgesetzt und so für eine langfristige Absicherung des Personaltableaus auf dem jetzigen Stand gesorgt“, so die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD).

Die SPD habe erkannt, dass zur Koordinierung von rund 80000 Helferinnen und Helfern im THW auf die professionelle Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter unter keinen Umständen verzichtet werden könne. „Bei der ständig steigenden Zahl von Einsätzen durch das THW und einer erfreulich hohen Zahl Jugendlicher wäre der vom Bundesinnenministerium geplante Stellenabbau an die Substanz der Leistungsfähigkeit dieser vorbildlichen Bürgerschaftsbewegung gegangen“, erklärt Kramme.

Zudem erhalte die THW Jugend e. V. 15000 Euro mehr Mittel. „Eine begrüßenswerte Entwicklung. In Oberfranken hat das THW eine lange Tradition und leistet hervorragende Arbeit. Gerade in der Jugendarbeit hat der Dienst am Menschen einen hohen Stellenwert eingenommen. Eine Erhöhung der Mittel ist mehr als gerechtfertigt“, so die Abgeordnete.

### **Kramme zufrieden mit Eckpunkten der Erbschaftsreform: „Der Großteil der oberfränkischen Landwirtschaftsbetriebe wird wenig mit der Erbschaftssteuer zu tun haben“.**

Zufrieden zeigte sich die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme mit den vereinbarten Eckpunkten zur Erbschaftssteuerreform für Landwirte. „Die bisher bestehenden Begünstigungen der Landwirte werden auch nach der Reform erhalten bleiben. Landwirtschaftliche Betriebe werden nach einem überarbeiteten Ertragswertverfahren bewertet. Der Großteil unserer heimischen landwirtschaftlichen Betriebe in Oberfranken hat auch in Zukunft wenig mit der Erbschaftssteuer zu tun“, erläutert Anette Kramme.

Im Verhältnis zum Betriebsvermögen werfe die Landwirtschaft geringere Erträge ab als andere Branchen. „Es wird ein spezielles Bewertungsverfahren für landwirtschaftliches Vermögen eingeführt, das dieser Besonderheit Rechnung trägt“, so Kramme weiter. Nur wenn Betriebserben Grundstücke zu höheren Preisen veräußern, müssen die Erlöse entsprechend nachversteuert werden.

Zu einer Neubewertung komme es nur dann, wenn der gesamte Betrieb oder Teile davon innerhalb von 20 Jahren veräußert werde. „Gänzlich weitergeführte Betriebe sind davon nicht betroffen“, erklärt die Abgeordnete. Sie äußerte Verständnis für die Verunsicherung der Landwirte. „Viele haben sich Sorgen um ihre Höfe gemacht, das ist mehr als verständlich. Die Erbschaftssteuerreform, für die sich die SPD stark gemacht hat, wird für die Landwirtschaft gute und handhabbare Lösungen bringen“, so Anette Kramme.

*Nordbayerischer Kurier vom 7. November 2007*

### **Kramme: Diätenerhöhung ist unangemessen**

#### **Bezüge der Bundestagsabgeordneten sollen bis 2009 um 9,4 Prozent steigen**

Die Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete soll kommen, wenn es nach dem Willen der parlamentarischen Geschäftsführer der Koalitionsparteien geht, und der Bayreuther Abgeordnete Hartmut Koschyk (CSU) findet das gut so. Die SPD-Abgeordnete Anette Kramme ist da anderer Meinung. Nach vier Nullrunden stünde den Abgeordneten eine Gehaltserhöhung ins Haus. Zwar, sei das Thema noch nicht abschließend in den Fraktionsgremien behandelt, lenkt Koschyk ein. Aber für ihn scheint es ausgemacht, dass die Volksvertreter künftig mehr auf dem Konto haben sollten. Koschyk: „Dass wir das jetzt umsetzen, halte ich für richtig.“ Seit 1995 sei bereits geplant, die Bezüge an die Besoldungsstufe 6 anzupassen.

Die Anpassung soll in zwei Stufen erfolgen. Damit steigen die monatlichen Bezüge zum Januar 2008 um 330 Euro und zum Januar 2009 um 329 Euro. Der Bruttolohn beträgt dann nicht mehr 7009 Euro, sondern 7668 Euro. „Die Besoldungsstufe B 6 entspricht dem, was der Bayreuther Landrat und der Oberbürgermeister bekommen, betont Koschyk. „Ich bin ein Bayreuther Abgeordneter, und es ist angemessen, dass ich dieselbe Entschädigung bekomme wie der Bayreuther Oberbürgermeister.“ Weihnachtsgeld bekämen die Abgeordneten im Übrigen nicht. Bürgermeister und Landrat schon. Den Abgeordneten steht auch eine steuerfreie Aufwandspauschale von 3720 Euro zu. „Ich will nicht sagen, dass es ein geringes Einkommen ist“, beschwichtigt Koschyk. Aber Abgeordnete hätten auch einen Zweitwohnsitz und ein Wahlkreisbüro zu finanzieren. Mehr Geld für Parteiposten soll es im Zuge der Diätenerhöhung im Übrigen nicht geben.

Anette Kramme steht der Diätenerhöhung kritisch gegenüber, wünscht sich aber ein schnelles Ende der Debatte. „Die Diätenerhöhung ist unangemessen, und ich werde mich in der Fraktion entsprechend verhalten“, sagte die SPD-Politikerin. „Aber Diskussionen würde es auch geben, wenn wir die Diät um 50 Euro erhöhen. Natürlich muss mit Geld der öffentlichen Hand sorgsam umgegangen werden, aber wenn ich ein Berufsparlament haben will, darf ich auch nicht zu weit runtergehen.“

Horst Friedrich (FDP) verweist zum Thema Diätenerhöhung auf den Beschluss seiner Partei: „Wir befürworten eine Diätenerhöhung nur dann, wenn damit gleichzeitig eine Reform der Altersversorgung beschlossen wird. Die Abgeordneten sollen für ihre Alterssicherung selber sorgen. Diätenerhöhung und Altersversorgung sind unauflösbar miteinander verbunden.“ Kritisch äußert sich Konrad Steib, Geschäftsführer von ver.di Oberfranken-Ost: „In vielen Punkten wie der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I oder des Mindestlohnes für Briefzusteller streitet man sich. Aber wenn es um die Erhöhung der Bezüge geht, ist man sich schnell einig“, erklärt Steib. Man könne darüber streiten, ob eine Erhöhung um 9,4 Prozent angemessen ist. „Die letzten Tarifabschlüsse lagen zwischen 2,5 und 4,5 Prozent.“

Ich habe ein Problem damit, dass sich die Volksvertreter überproportional die Diäten erhöhen. Die normalen Beschäftigten dagegen müssen sich mit weniger zufrieden geben.“ Landtagsabgeordneter Walter Nadler (CSU) rät den Kollegen in Berlin sich ein Beispiel am Landesmodell zu nehmen: „Wir erhöhen nur dann, wenn das Land floriert.“ 9,4 Prozent mehr auf einmal sei „happig“ und „schwer zu vermitteln“.

„Aber man schaut immer neidvoll auf die Politiker,. Ohne zu wissen, wie viel Arbeit das ist. Kaum ein Abend und Wochenende, an dem man, nicht in Anspruch genommen wird.“ Ein Landtagsabgeordneter bezieht dafür seit dem 1. Juli dieses Jahres 6247 Euro und, eine steuerfreie Pauschale von 2950 Euro.

### **Umdenken in der Agrarpolitik soll ländlichen Raum stärken**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich im Vorfeld der für den November erwarteten Vorschlag der Europäischen Kommission für deutliche Kurskorrekturen in der Agrarpolitik ab 2009/2010 ausgesprochen. „Die Direktzahlungen an die Landwirte sollen dort, wo die gestiegenen Preise nachhaltig für höhere Einkommen von Landwirten gesorgt haben, zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Räume reduziert werden“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD).

Landwirte sollen zudem für gesellschaftlich gewünschte Leistungen wie dem Vertragsnaturschutz verlässlich entlohnt werden. „Wir brauchen nicht nur bei uns in Oberfranken zusätzliche finanzielle Mittel für Infrastruktur im ländlichen Raum, für Breitbandversorgung sowie der Förderung und Sicherung von Arbeitsplätzen“, so die Abgeordnete weiter.

In dem von Kanzlerin Merkel im Jahr 2005 ausgehandelten Kompromiss waren die Agrarsubventionen für die Landwirte ungeschmälert geblieben, die Mittel für die Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland jedoch massiv zusammengestrichen worden.

„Viele Programme zur Förderung des ländlichen Raums sind akut gefährdet. Wir wollen hier eine schrittweise Umschichtung von einigen Prozent der Direktzahlungen für eine stabile Entwicklung ländlicher Räume umsetzen“, erklärt die oberfränkische Bezirksvorsitzende.

Deutschlands Position müsse eine nachhaltige Entwicklung im Blick haben, nicht die Bewahrung von Besitzständen. „Im Gegensatz zur SPD klammern sich CDU und CSU am Status quo ohne Perspektive fest, zum Nachteil deutscher Interessen und zum Nachteil der Zukunft deutscher Landwirte“.

Allerdings müsse gesichert werden, dass die umgeschichteten Mittel auch in den Regionen verbleiben, wo sie herkommen. „Wir werden darauf drängen, dass die Entscheidung der EU mit guten Bedingungen für die ländlichen Räume in Deutschland verbunden werden“, so Kramme.

### **Deutsche Post: Filialwechsel in Weidenberg - Neue Filiale im REWE-Markt.**

In Weidenberg wird es ab dem 4. Dezember 2007 eine Veränderung in der Filialstruktur der Deutschen Post geben. Ab dem 4. Dezember wird in Zusammenarbeit mit Frau Birgit Hermann (REWE-Markt), Winter-Ring 17, eine Filiale in der Bayreuther Straße 8 eröffnet.

Die Post-Partner-Filiale in der Bahnhofstraße 1 schließt am Abend des 3. Dezember. Dies erfuhr die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme vom regionalen Politikbeauftragten der Post, Hugo Scheuenpflug.

### **Anette Kramme bestürzt über Rücktritt von Franz Müntefering. „Wir werden den erfolgreichen Weg weiter gehen“.**

Bestürzt reagierte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landesgruppe MdB Anette Kramme auf den überraschenden Rücktritt von Franz Müntefering als Bundesarbeitsminister und Vizekanzler. Zugleich zeigte sie aber auch Verständnis für dessen familiäre Gründe. „Seine Beweggründe sind absolut nachvollziehbar. Wir verlieren mit Franz Müntefering ein sozialdemokratisches Urgestein. Er wird gehört, weil er seine eigene soziale Herkunft nicht verleugnet. Er spricht die Sprache der einfachen Leute und hat immer ein offenes Ohr für die Probleme der Menschen“, erklärt die arbeitspolitische Expertin.

Das Ausscheiden Münteferings sei ein großer Verlust für die SPD. Die Entscheidung über die Nachfolge von Müntefering solle laut Kramme nicht überstürzt werden. „Wir haben in unseren Reihen eine Vielzahl von personellen Alternativen in der Arbeits- und Sozialpolitik. Wir werden den erfolgreichen Weg sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik von Franz Müntefering weiter gehen“, so Kramme. „Wir müssen gut überlegen, ob es sinnvoll ist, dass der Parteivorsitzende Beck in die Kabinettsdisziplin eingebunden ist.“

### **Mindestlohn für Briefzusteller: Blockadehaltung der Union stößt bei Anette Kramme auf großes Unverständnis**

Mit großem Unverständnis reagierte die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) auf die überraschende Blockadehaltung der CDU/CSU beim Thema Mindestlohn für Briefzusteller. „Die Union hat damit ihr wahres Gesicht gezeigt und deutlich gemacht, dass ihr satte Gewinne von Großkonzernen wichtiger sind als das Wohl tausender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, zürnte die Abgeordnete.

Die CDU/CSU würde damit in Kauf nehmen, dass Menschen von ihrer Arbeit nicht in Würde leben könnten. „Somit wird Wettbewerb bei den Briefzustellern über Lohn- und Sozialdumping zu Lasten der Menschen geführt. Das können und dürfen wir nicht zulassen. Für die SPD ist der Mindestlohn eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Für diese Forderung werden wir weiter kämpfen“, verspricht die Abgeordnete.

Wettbewerb brauche faire Rahmenbedingungen und klare Spielregeln. „Wenn Unternehmen lediglich durch Lohn- und Sozialdumping konkurrenzfähig sind, kann aber nicht mehr von fairem Wettbewerb die Rede sein“, so die Arbeits- und Sozialpolitikerin. Die durchschnittlichen Lohnkosten der Hauptkonkurrenten der Deutschen Post, PIN Group und TNT, lägen laut einer Untersuchung von Input Consulting je nach Beschäftigtengruppe zwischen 30 % und 60 % unterhalb der Deutschen Post.

„Vollzeitarbeit muss mindestens Existenz sichernd sein. Dies muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten“, erklärt Anette Kramme.

## **Bund finanziert Gebäudesanierung bis 2009 mit vier Milliarden Euro**

Bis zum Jahr 2009 werden KfW und Bundesregierung weitere vier Milliarden Euro für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm, die Programme „Wohnraum modernisieren“, „Energiesparhaus 40“, „Kommunalkredit“ und „Sozial Investieren“ bereitstellen. Dies geht aus einem neuen Bericht der Bundesregierung hervor.

„Zusammen mit den bisher investierten 2,47 Milliarden Euro tragen die erneuten Zuschüsse ganz erheblich zur Energieeinsparung und der Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei. Deutschland befindet sich auf dem richtigen Weg“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) dazu. Die geförderten Modernisierungsmaßnahmen hätten laut einer Studie des Fraunhofer Instituts den CO<sub>2</sub>-Austoß jährlich um eine Million Tonnen verringert und zudem 220000 Arbeitsplätze durch die Investitionen gesichert oder geschaffen. „Dieser Weg muss konsequent weiter beschritten werden. Sowohl die Umwelt als auch die Wirtschaft profitiert in erheblichem Maße von dieser sinnvollen Förderung des Bundes, so Kramme. Die SPD setzte sich schon seit vielen Jahren für ökologische Gebäudesanierung ein und werde auch weiterhin für hohe Förderung in diesem Gebiet eintreten.

### **MdB Kramme „Es tut sich was“ Lärmschutz A 73 im Stadtgebiet Forchheim**

Verbesserungen beim Lärmschutz entlang der A 73 im Stadtgebiet Forchheim sollen zügig vorangetrieben werden. Dies erfuhr die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme aus dem Bundesverkehrsministerium. Die Abgeordnete hatte sich vor kurzem bei einem Vor-Ort-Termin selbst ein Bild von der für die Anwohner enormen Lärmbelastung machen können. „Die Grenze des Ertragbaren ist längst erreicht“, stellte Kramme damals fest. Die Abgeordnete wandte sich daraufhin an die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth. „Die vorhandenen Lärmschutzmaßnahmen sind keinesfalls mehr ausreichend“, so Kramme in ihrem Schreiben. Hier müsse umgehend Abhilfe geschaffen werden.

Dringenden Handlungsbedarf sieht auch die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth, denn der Verkehr habe sich entlang der A 73 im Stadtgebiet Forchheim gegenüber der alten Prognose mehr als verdoppelt. Roth verwies in ihrer Antwort unter anderem auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu nicht voraussehbaren Lärmwirkungen. Der dort behandelte Klagefall treffe laut der Parlamentarischen Staatssekretärin auch auf Forchheim zu. Der Anspruch auf nachträgliche Schutzvorkehrungen sei aufgrund des Urteils neu, mit der aktuell vorhandenen Verkehrsbelastung zu ermitteln. Aufgrund des damit deutlich höheren Eingangswertes der Verkehrsbelastung ergeben sich erheblich mehr Anwesen mit Anspruch auf nachträgliche Schutzvorkehrungen als dies bislang der Fall war.

Die bayerische Straßenbauverwaltung hat nach Angaben Roths dem Bund zugesichert, noch in diesem Herbst erneut das Gespräch mit der Stadt Forchheim zu suchen. Im kommenden Jahr soll ein technischer Entwurf für geeignete Lärmschutzeinrichtungen vorgelegt werden.

„Es tut sich endlich was in Sachen Lärmschutz. Ich hoffe nun, dass die angestrebten Verbesserungen bald kommen.“, so MdB Kramme abschließend.

**Anette Kramme fürchtet um Existenz  
kleiner Metzgereien und Landgaststätten.  
„Neue EU-Verordnung muss verhindert werden“.**

Die Bundestagsabgeordnete und oberfränkische Bezirksvorsitzende Anette Kramme (SPD) sorgt sich um die Existenz kleiner Metzgereien und Landgaststätten in Oberfranken und fordert die zuständigen Stellen auf, sich gegen eine neue EU-Verordnung zu stemmen. Aufgrund dieser neuen Verordnung werden kleinen Betrieben mit eigener Schlachtung die gleichen Vorschriften auferlegt wie sie allgemein auch für große Schlachtbetriebe gelten.

„Für viele Betriebe würde dieser bürokratische Unsinn das Ende bedeuten und für die Franken damit auch das Ende der lieb gewonnenen Tradition des Schlachtschüssel-Essens“, warnt Anette Kramme. Kleinbetriebe und Landgaststätten könnten die neuen Vorschriften auch aufgrund ihrer örtlichen Gegebenheiten und aus wirtschaftlicher Sicht niemals erfüllen.

„Die leckeren Schäufala, Bratwürste, Schweinsbraten und viele andere fränkische Delikatessen in den selbst schlachtenden Gaststätten dürften dann nicht mehr angeboten werden, eine Katastrophe für Wirt und Kunden. Wir müssen den Brüsseler Paragraphenhengsten hier Einhalt gebieten“, fordert die Abgeordnete.

In einem Brief hat sich Anette Kramme nun an Verbraucherschutzminister Horst Seehofer gewandt und ihn um Unterstützung gebeten. „Die SPD in Bayern wird alles dafür tun, dass wir auch weiterhin unsere heimischen Spezialitäten genießen können. Ich habe auch vor dieser drohenden Verordnung noch nirgends ein schlechtes Essen serviert bekommen“, so die Abgeordnete.

**Anette Kramme informierte sich am Rande des SPD-Bundesparteitags über  
BellandVision**

Am Rande des Bundesparteitags der SPD in Hamburg informierten sich die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme und ihr Bundestagskollege und Verbraucherschutz-Experte Dr. Gerhard Botz sowie die Landtagsabgeordnete Susann Biedefeld am Stand der Pegnitzer Firma BellandVision über die zahlreichen Vorteile des innovativen Belland-Materials.

Der Direktor für Public Affairs von BellandVision, Jost Vielhaber, hob den Nutzen des vollständig recyclebaren Materials und die damit vor allem für die Umwelt entstehenden Vorteile hervor. Mit im Bild ist Michael Webersin, Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Selbstversorger von Verkaufsverpackungen e.V. in Berlin. Die Firma BellandVision hatte den Bundesparteitag der SPD in Hamburg als Sponsor begleitet.

### **Leiharbeitsbranche: Anette Kramme fordert gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern und Stamarbeitskräften.**

Die Bundestagsabgeordnete und oberfränkische Bezirksvorsitzende Anette Kramme (SPD) unterstützt die Forderung von SPD und Gewerkschaften zur Aufnahme der Leiharbeitsbranche ins Arbeitnehmerentsendegesetz zur Verhinderung von Lohndumping. Kramme selbst war als Mitglied einer Arbeitsgruppe des SPD-Vorstands aktiv an der Beschlussfassung beteiligt.

„Wir müssen die Leiharbeit auf ihre Kernfunktion begrenzen“, fordert die Abgeordnete. Leiharbeit sei ein Instrument zur Bewältigung von Auftragsspitzen und zur Integration von Langzeitarbeitslosen und kein Mittel zur dauerhaften Gewinnoptimierung auf Kosten der Arbeitnehmer. „Zusätzlich zur Aufnahme ins Entsendegesetz müssen Leiharbeiter nach einer Einarbeitungszeit die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen erhalten wie Stamarbeitskräfte“, so Kramme weiter.

Als schlechtes Beispiel dienten Zeitungsredaktionen, erklärt Kramme. Verlage würden eigene Leiharbeitsgesellschaften gründen, ihre Beschäftigten in diese Tochterunternehmen verlagern und die Redakteure schließlich wieder an ihre ursprünglichen Arbeitsplätze zurück verleihen. „Viele Betriebe nutzen Leiharbeit zu Tariffucht und Lohndumping und agieren damit am gewünschten Ziel vorbei, so kann und darf es nicht weitergehen“, so die Abgeordnete.

Im September 2006 wurden von 208 ausgeschriebenen und vergebenen Stellen in der Stadt Bayreuth 87 an Leiharbeiter vermittelt. „Dies entspricht über 40 Prozent aller Stellen und zeigt einen klaren Trend, dem es gegenzusteuern gilt“, erklärt Anette Kramme.

### **Forschungsförderung: 1,23 Millionen Euro fließen nach Bayreuth**

Auch im laufenden Jahr fließen umfangreiche Mittel aus den Forschungsfördertöpfen des Bundes nach Bayreuth. Wie die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) mitteilt, stehen für fünf Forschungsaufgaben deren teils mehrjährige Laufzeit im Jahr 2007 begonnen hat, insgesamt 1,23 Millionen Euro zur Verfügung.

Knapp 606000 Euro erhält die Universität Bayreuth für verschiedene Forschungsprojekte, 626000 Euro gehen an die E.ON Netz GmbH für die Entwicklung eines neuen Zählermesssystems zur Stromverbrauchsmessung in Form des taktischen Lastgangzählers.

Anette Kramme ist sehr zufrieden über die diesjährigen Forschungszusagen: „Im Landkreis Bayreuth steckt hohes Innovationspotenzial. Durch die Forschung werden Arbeitsplätze geschaffen und die Märkte der Zukunft erschlossen“.

## **Blockade der Union bei bezahlter Pflegezeit stößt Familien und Beschäftigte vor den Kopf**

Die Union will Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keinen Anspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit im akuten Pflegefall gewähren. Die SPD-Abgeordnete Anette Kramme: „Ich finde diese Blockadehaltung absolut unverständlich und familienfeindlich. Ich werde weiterhin für die von der Pflegekasse bezahlte kurzfristige Freistellung von bis zu 10 Tagen kämpfen.“ Damit unterstützt sie eine wichtige Forderung der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD).

Anette Kramme fordert die Union auf, sich im Interesse der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen ebenfalls für diese bezahlte Freistellung einzusetzen. Ein unbezahlter Freistellungsanspruch reicht nicht aus. Viele Menschen können sich das schlicht nicht leisten.

Die Haltung der CDU/CSU stoße Familien und Beschäftigte vor den Kopf. Angehörige erlebten enorme Belastungen, wenn plötzlich ein Pflegefall in der Familie eintritt und sie aus dem Stand die Pflege organisieren müssen. „Erst recht ist die Haltung der Union nicht nachvollziehbar vor dem Hintergrund, dass es bereits eine ähnliche Regelung für Eltern mit erkrankten Kindern gibt“, so die Abgeordnete.

Familie ende aber nicht mit dem Eintritt von Pflegebedürftigkeit. Unser Verständnis von Generationengerechtigkeit beinhaltet einen umfassenderen Ansatz. Dass die Union nicht bereit war, für die 10 Tage Freistellung auch einen Lohnersatzanspruch mit zu tragen, zeugt von einem merkwürdigen, von unserem generationen-übergreifendem Familienbild weit entfernten Verständnis von Familie“, erklärt Kramme weiter.

Wenn sich Mütter nach der Entbindung um ihr Neugeborenes kümmern, zahlt die Krankenkasse Mutterschaftsgeld. Wenn sich Eltern um ihre kranken Kinder kümmern müssen, wird selbstverständlich 10 oder 20 Tage, in Ausnahmefällen auch unbegrenzt, (Kinderpflege-)Krankengeld gezahlt. „

Wenn die Eltern dann aber später selbst akut pflegebedürftig werden, und sich die Kinder entsprechend um ihre Eltern kümmern müssen, soll es keinen Anspruch geben? Was ist das für eine Haltung gegenüber der Generation, die dieses Land aufgebaut hat? Was ist das für ein Familienverständnis bei der Union, die 1992 mit ihrem damaligen Gesundheitsminister Horst Seehofer sogar maßgeblich daran beteiligt war, dass die ursprüngliche Bezugsdauer des Kinderpflegekrankengelds von 5 auf 10 Tage verlängert wurde?“, hinterfragt Kramme.

Die SPD habe sich immer für die Belange der Familien eingesetzt. Ihr sozialdemokratisches Familienbild bedeute auch, dass sich gesellschaftlicher Wandel darin generationengerecht abbilden müsse. Das Kinderpflegekrankengeld wurde daher 2002 durch die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt weiter ausgebaut und verbessert.

„Die gleiche aufopferungsvolle Betreuung muss auch Eltern im Alter zuteil werden können. Familie darf keine Einbahnstraße sein. Die SPD wird weiter dafür streiten, wie bei den Kindern ein Pflegeunterstützungsgeld zu zahlen. Alt für Jung - jung für alt“, so Kramme.

**Plenarrede zur Einbringung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, 25.10.2007**

Anette Kramme (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr "Wildwesterwelle",

*(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)*

Sie werden wieder einmal Ihrem Ruf gerecht: Bei Ihnen knirscht das Eis gegenüber den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dieses Landes. Sie quellen fast über vor Arroganz. Die große Boulevardzeitung mit den vier Buchstaben hat sich in den vergangenen Wochen in ihren Schlagzeilen schlichtweg überschlagen: "Mindestlohn - Ist das wirklich gut für die Beschäftigten?", "Mindestlohn? Dann gehen wir pleite!", "Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze!".

*Präsident Dr. Norbert Lammert:*

*Ich möchte Sie vorsichtig fragen, ob Sie geneigt sind, eine Zwischenfrage des Kollegen Niebel zu akzeptieren.*

*(Iris Gleicke [SPD]: Zu was denn?)*

Anette Kramme (SPD):

Ich schlage vor, wir warten einen Moment, bis ich in die Thematik eingestiegen bin.

*Präsident Dr. Norbert Lammert:*

*Ich schließe mich diesem Vorschlag gerne an.*

Anette Kramme (SPD):

Kommen wir zurück zu dieser Zeitung mit den vier Buchstaben. Sie gab Tag für Tag publizistische Kriegserklärungen gegen den Mindestlohn im Allgemeinen und gegen den Mindestlohn für Briefzusteller im Besonderen ab. Verwunderlich ist diese wenig seriöse Antimindestlohnkampagne nicht. Die Axel Springer AG hat schließlich vor kurzem für eine stolze Summe die Mehrheit am Postkonkurrenten PIN AG erworben. Die Meinung der Bürger und Bürgerinnen vertritt diese selbsternannte Stimme des Volkes allerdings nicht. Diese sieht komplett anders aus. Nach Infratest dimap sind 12 Prozent der Bundesbürger gegen einen Mindestlohn; aber 27 Prozent plädieren für Mindestlöhne in bestimmten Branchen. 59 Prozent der Menschen möchten sogar eine flächendeckende Regelung. Im Übrigen ist auch die Mehrheit Ihrer Wähler für einen Mindestlohn.

*(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Die kennen Sie zuletzt!)*

Zum 1. Januar 2008 fällt das Briefmonopol der Post. Ab diesem Zeitpunkt dürfen also sowohl die inländischen als auch die ausländischen Postkonkurrenten den so genannten Standardbrief austragen. Ich sage ganz deutlich: Liberalisierung - in Ordnung, Wettbewerb - ebenfalls in Ordnung. Aber: Wettbewerb braucht klare Spielregeln und faire Rahmenbedingungen.

*(Beifall bei der SPD)*

Es kann nicht sein, dass die seriösen Anbieter der Branche von zwei Seiten unter Druck gesetzt werden: einerseits durch den freien Wettbewerb in Deutschland, während deutsche Unternehmen im europäischen Ausland nur beschränkt tätig sein dürfen, andererseits durch einige Unternehmen, deren Konkurrenzfähigkeit lediglich auf Lohn- und Sozialdumping zurückzuführen ist.

*Präsident Dr. Norbert Lammert:*

*Frau Kollegin, der Wunsch des Kollegen Niebel, Ihre Redezeit durch eine Zwischenfrage zu verlängern, ist ungebrochen.*

Anette Kramme (SPD):

Selbstverständlich ist der Wunsch des Herrn Niebel ein besonderes Anliegen.

*Präsident Dr. Norbert Lammert:*

*Bitte schön, Herr Kollege Niebel.*

*Dirk Niebel (FDP):*

*Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin. Nachdem ich Ihnen jetzt längere Zeit zugehört habe, ist mein Fragebedarf noch größer geworden. Würden Sie mir bestätigen, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Mehrheitseigner der hannoverischen Verlagsgruppe Madsack ist, die wiederum ein wesentlicher Anteilseigner der PIN-Gruppe ist?*

*(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU], zur SPD gewandt: Was? So was macht ihr?)*

*Wenn Sie mir das bestätigen, frage ich weiter: Können Sie mir sagen, ob Frau Hendricks, nachdem sie in der nächsten Woche vermutlich Schatzmeisterin der SPD sein wird, unmittelbar Einfluss auf die Lohnfindung der PIN-Gruppe nehmen wird?*

*(Beifall bei der FDP - Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Jetzt bin ich aber gespannt!)*

Anette Kramme (SPD):

Sie haben sicherlich Verständnis dafür, dass ich die Konzernstrukturen einer SPD-Holding nicht kenne.

*(Unruhe bei der FDP)*

Ich kann ohne weiteres die Unternehmen aus meiner Region nennen.

*(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Sagen Sie mal, welche in Ihrer Region sind!)*

Sie können sicher sein, dass ich auch in der Vergangenheit diesbezüglich tätig geworden bin. Sie können sicher sein, dass wir unseren Laden sauber halten werden.

*(Beifall des Abg. Klaus Brandner [SPD] - Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh!)*

Die Aufnahme der Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ist notwendig und zielführend. Mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen darf ich sagen: Die SPD hat der Aufgabe des Briefmonopols nur unter der Bedingung zugestimmt, dass Vorkehrungen zur Sicherung sozialer Mindeststandards in der Postdienstleistungsbranche getroffen werden. Das war Teil des politischen Kompromisses, und Sie können sicher sein: Wir nehmen Spielchen zulasten der Menschen nicht hin.

Bei den neuen Postunternehmen gibt es faktisch keine betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungsstrukturen. Die Folgen sind sichtbar: im Vergleich zur Deutschen Post AG wesentlich schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Am 8. Oktober befasste sich Report mit der Thematik. "Hungerlöhne in der Postbranche" titelte man:

Lothar Daniel ... Ab morgens fünf ist er auf den Beinen, oft bis abends um halb acht. Eine 60-Stunden-Woche. Sein Stundenlohn: 4,50 Euro brutto. Der 49-Jährige hat in Kiel keinen besseren Job gefunden. Er ist Zusteller beim privaten Postunternehmen PIN.

Eine Untersuchung von Input Consulting bestätigt dies. Die durchschnittlichen Lohnkosten bei den beiden Hauptkonkurrenten PIN Group und TNT liegen je nach Beschäftigtengruppe zwischen 30 und 60 Prozent unterhalb derjenigen der Deutschen Post AG. Es darf auch nicht verschwiegen werden, dass der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Arbeitsverhältnissen bei den neuen Postdienstleistern bei über 60 Prozent liegt.

Die Weichen zur Aufnahme der Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sind gestellt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben dafür den notwendigen Mindestlohn ausgehandelt. Wir haben Anfang Oktober ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes Neue Brief- und Zustelldienste erhalten, mit dem man uns überzeugen will, dass unser Vorgehen nicht rechtmäßig ist. - Vorweg ist zu sagen, dass die Mitbewerber natürlich zu Tarifverhandlungen eingeladen waren. Doch zurück zum Thema. Man behauptet, dass wir die 50-Prozent-Quote für die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz nicht erreichen. Ich sage ganz klar: Florian Gerster argumentiert mit Mondzahlen, mit Eigenkreationen, die nicht belegbar sind.

*(Beifall bei der SPD - Dirk Niebel [FDP]: Aber euch gehört der Laden doch!)*

Herr Gerster behauptet auch, der Arbeitgeberverband Postdienste sei undemokratisch. Ich kann Ihnen nur sagen: Werfen Sie einmal einen Blick in das Betriebsverfassungsgesetz! Es ist durchaus üblich, dass sich das Stimmrecht nach der Zahl der jeweils vertretenen Beschäftigten richtet. Von Vollzeitarbeit muss man leben können, muss man seine Existenz sichern können. All denjenigen, die Wettbewerb auf dem Rücken der Menschen wollen, müssen wir eine ganz deutliche Absage erteilen.

*(Beifall bei der SPD)*

#### **Plenarrede zur aktuellen Stunde: „Entscheidungslosigkeit der schwarz-roten Koalition“, 14.11.2007**

Anette Kramme (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren von der FDP, eine Aktuelle Stunde zu den Auswirkungen der Entscheidungslosigkeit der schwarz-roten Koalition - wissen Sie, was Sie hier betreiben? Das kann man Parlamentsblockade oder Beschäftigungstherapie für Abgeordnete nennen. Sie wollen doch gar nicht, dass die Koalition handelt.

*(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Doch!)*

Mir ist nicht bekannt, dass Sie neuerdings Mindestlöhne für Briefzusteller wollen. Richtig ist allerdings, dass wir als SPD-Fraktion über das Verhalten der Union im Koalitionsausschuss stark verärgert sind.

*(Zuruf von der CDU/CSU: Was? - Zurufe von der FDP: Oh!)*

Meine Damen und Herren von der Union, das war so nicht verabredet. Es war verabredet, dass das Postmonopol zum Ende des Jahres fällt und dass es dafür im Gegenzug einen Mindestlohn für die Briefzusteller gibt.

*(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Das ist sehr wichtig!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Union, Sie können kein einziges fachliches Argument anführen.

*(Zuruf von der CDU/CSU: Doch!)*

Bereits jetzt wird der Wettbewerb bei der Briefzustellung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgetragen. Klar ist, dass die Branche mit erheblichem Personalkostenaufwand arbeitet. Die durchschnittlichen Lohnkosten bei PIN Group und TNT liegen - je nach Beschäftigtengruppe - zwischen 30 und 60 Prozent unter denen der Deutschen Post AG. Selbst bei Vollzeitbeschäftigten müssen zum Teil dauerhaft staatliche Transferleistungen gezahlt werden, weil die Stundenlöhne so niedrig sind. Bei den Wettbewerbern des Arbeitgeberverbandes Postdienste werden zu 60 Prozent geringfügig Beschäftigte eingesetzt.

Demgegenüber haben wir bei der Deutschen Post AG die Situation, dass 95 Prozent aller Beschäftigten sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden, was an dieser Stelle auch einmal positiv hervorzuheben ist.

Meine Damen und Herren von der Union, ein Zweites: Sie machen sich ohne jedes kritische Hinterfragen die Mondzahlen des Arbeitgeberverbandes der neuen Brief- und Zustelldienste zu Eigen. Aber zuvor eine Zwischenbemerkung: Meines Erachtens haben wir mit Ihnen gar nicht mehr über Zahlen zu reden. Es gibt im Juristischen den so genannten Tatsachenvergleich. Wenn man sich die Formulierung in der Abrede anschaut, stellt man fest: Beide gehen davon aus, dass die Bedingungen als solche erfüllt sind. Das heißt, wir haben mit Ihnen gar nicht mehr über Zahlen zu reden.

*(Heinz Lanfermann [FDP]: Mir kommen gleich die Tränen!)*

Die Neuen Brief- und Zustelldienste behaupten, bei ihnen seien 270 000 Beschäftigte mit der Briefzustellung befasst. Wie gehen Sie, meine Damen und Herren der Union, damit um, dass der Marktanteil der Deutschen Post bei den Briefsendungen bei 91 Prozent liegt? Zur Bedienung dieses Marktanteils werden 173 000 Arbeitnehmer und Beamte benötigt. Bereits die Gesetze der Denkklogik sagen: Die Angaben können nicht stimmen.

Wie gehen Sie damit um, dass beispielsweise der Bundesverband der Kurier-Express-Post-Dienste selbst sagt, nur 0,2 Prozent seines Umsatzes - das sind 6 Millionen Euro - mit Briefdienstleistungen zu erzielen? Auch hier behauptet man, Zehntausende von Beschäftigten seien mit der Briefzustelldienstleistung befasst. Die Gesetze der Denkklogik sagen auch hier: Die Angaben können nicht stimmen.

Ich sage nur: Wer sich die Zahlen des Arbeitgeberverbandes Neue Brief- und Zustelldienste zu Eigen macht, macht sich lächerlich.

*(Beifall der Abg. Andrea Nahles [SPD] - Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Riesiger Beifall der eigenen Fraktion! Donnerwetter!)*

Im Übrigen hat keiner der an der Sachverständigenanhörung Beteiligten - außer dem hier gut bekannten Herrn Göhner - behauptet, dass das Arbeitnehmer-Entsendegesetz verlangt, 50 Prozent der Beschäftigten müssten durch den Mindestlohntarifvertrag gebunden sein. Die herrschende juristische Meinung geht davon aus, dass nur ein öffentliches Interesse vorliegen muss. Dass ein öffentliches Interesse gegeben ist, ist, denke ich, völlig unstrittig.

Juristerei wird häufig genutzt, um politisches Agieren auszuschließen. Ein solches Vorgehen läuft hier wegen Offensichtlichkeit leer. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach entschieden, dass in der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und seiner Bindungswirkung für nicht tarifgebundene oder anderweitig tarifgebundene Arbeitgeber keine Verletzung der negativen und positiven Koalitionsfreiheit liegt. Die Hürde des Art. 9 Grundgesetz ist ohnehin nicht sehr hoch. Ein Eingriff in die Berufsausübungsregelung ist bereits durch vernünftige Erwägungen des Gemeinwohls zu rechtfertigen. Eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes ist nicht gegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen darauf achten, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nicht durch ruinösen Wettbewerb kaputt gemacht werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen Schluss damit machen, dass sich einige Unternehmen ihre Dumpinglöhne sozusagen noch vom Steuerzahler bezahlen lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen erreichen, dass jemand, der Vollzeit arbeitet, auch anständig davon leben kann. Wir müssen Lohn- und Sozialdumping die Stirn bieten.

## OV Bad Berneck

*Bayerische Rundschau vom 9. November 2007*

### **SPD will den Machtwechsel**

**Die Genossen schicken ihren Fraktionschef Jürgen Zinnert zum zweiten Mal ins Rennen um den Bürgermeisterposten.**

Zum zweiten Mal nach 2002 kandidiert Jürgen Zinnert, der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, für das Amt des Bürgermeisters in Bad Berneck. Der 48-jährige stellvertretende Geschäftsführer und Leiter der Sozialarbeit beim Kreisverband Bayreuth des Roten Kreuzes wurde bei der Nominierungsversammlung der Sozialdemokraten von den 29 anwesenden Mitgliedern und Anhängern einstimmig auf den Schild gehoben.

Vor sechs Jahren noch mit einem achtbaren Ergebnis gegen Amtsinhaber Bernd Albert (CSU) unterlegen, soll dieses Mal der Machtwechsel in jedem Fall gelingen. „Bad Berneck ist am Ende, an die Wand gefahren. Bernd Albert muss weg“, formulierte der frühere Fraktionsvorsitzende Richard Schneider plakativ das Wahlziel. Jürgen Zinnert betonte, dass sich die grundlegenden Probleme der Stadt in den vergangenen Jahren deutlich verschärft hätten. Aufgrund der absolut desolaten Haushaltssituation sei die Stadt seit zwei Jahren ohne genehmigten Etat und unterstehe faktisch der Zwangsverwaltung der Rechtsaufsicht.

„Im Gegensatz zu Bernd Albert bin ich nicht bereit, diesem Zustand tatenlos zuzusehen. Die Stadtratsfraktionen haben umfassende Vorschläge für eine Besserung der Situation auf den Tisch gelegt, die Ideen werden aber nicht aufgegriffen, und der Bürgermeister lässt keine Diskussion oder gar Beschlussfassung darüber zu“, so Zinnert.

Auch die Umsetzung der Ideen des eingeschalteten externen Gutachters von der überörtlichen Rechnungsprüfung gehe zu langsam. Im gesellschaftlichen Leben der Stadt müsse wieder Gemeinsinn geschaffen werden. Initiativen von Seiten der Bürger, Vereine, Gastronomen oder Gewerbetreibenden müssten künftig durch die Stadt unterstützt, gesteuert und begleitet werden, so der Redner. Fakt sei weiter, dass die Kur nicht mehr zu den primären Stärken Bad Bernecks zählt, da die Stadt hier nicht über die notwendige Infrastruktur verfüge und somit nicht konkurrenzfähig sei.

Notwendig sei ein Konzept für die künftige touristische Ausrichtung. Positionspapiere der Stadtratsfraktionen lägen auch hier vor, seien bislang aber durch den Bürgermeister noch auf keine Tagesordnung gesetzt worden. Der Fremdenverkehr stelle mittlerweile jedenfalls den größten Wirtschaftsfaktor der Stadt dar, den es zu stärken und fördern gelte. Wachstum beim Fremdenverkehr bringe auch Einzelhandel und Gewerbe wieder voran.

Als absolut unverständlich bezeichnete es Zinnert, dass das Hallenbad seit Jahren geschlossen ist, gleichzeitig durch den Bürgermeister aber die „Luftnummer“ einer zwei Millionen Euro teuren Sanierung und Attraktivierung des Stadtmuseums in die Welt gesetzt werde. Ferner forderte Zinnert trotz der Haushaltssituation die Wiedereinführung der vor zwei Jahren abgeschafften Förderung für Vereine mit Jugendarbeit. Außerdem soll für die nichtorganisierte Jugend ein offizieller Treffpunkt geschaffen werden.

## OV Bayreuth-Innenstadt

*Bayreuther Anzeiger 31. Oktober 2007*

### Heiße Diskussion über aktuelle Probleme

Bei der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Bayreuth-Innenstadt/Neuer Weg in der Gaststätte Kolb standen neben den Neuwahlen aktuelle Probleme der Bayreuther Kommunalpolitik auf der Tagesordnung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kern legte die wichtigsten Brennpunkte dar und nahm dazu Stellung.

Kern führte aus, dass nach Jahrelangem Kampf endlich die Zentrale Omnibushaltestelle (ZOH) am Hohenzollerneck fertig gestellt werden konnte. Die Umgestaltung der Maxstraße sollte seiner Meinung nach in zwei Bauabschnitten von Herbst 2008 bis Ende 2010 realisiert werden können.

Für die geplante Sanierung beziehungsweise Renovierung der Stadthalle von 2009 bis 2011 steht insgesamt ein Etat von 8,5 Millionen Euro zur Verfügung. Ein wichtiges Anliegen der Stadtpolitik ist auch die Umgestaltung Luitpoldplatz/Annecyplatz, die voraussichtlich ab 2010 begonnen wird.

In der Versammlung heiß diskutiert wurde das Thema Servicegesellschaft am Klinikum, ursächlich für das dort vorherrschende schlechte Klima. Dass es auch anders gehe, beweise das Klinikum in Kulmbach, wohin schon viele Patienten abgewandert seien. Kern ging auch auf das Thema Busdurchfahrt durch die Ludwigstraße ein.

Der Einwurf, hier sei historische Bausubstanz in Gefahr, sei nicht ganz nachvollziehbar, denn Opernstraße (Opernhaus) und Kanzleistraße (Stadtkirche) werden ja auch von den Bussen befahren. Ein Elektro-Shuttlebus für 16 bis 20 Personen könnte, laut Kern, ab 1. April 2008 in der Innenstadt eingesetzt werden.

Als Vorsitzender des Ortsvereins wurde bei den Neuwahlen Max Oerthel bestätigt. Die kurzfristig auf drei Personen erhöhte Stellvertreterriege besteht aus Dr. Hannaleena Pöhler, Margit Ranz und Halil Tasdelen. Kassiererin bleibt Michaela Hoppe, Organisationsleiterin Ruth Fichtner.

Als Schriftführer fungiert Horst Heinrich. Beisitzer sind Petra Nölkel, Ilona Seidel, Wolfgang Kern, Klaus Hamann und Peter Hoppe. Als Revisoren wurden Frank Borger und Sebastian Schmidt gewählt. Michael Staudt steht als Delegierter 60-Plus zur Verfügung.

## OV Bindlach

*Nordbayerischer Kurier vom 3./4./ November 2007*

### **Mehr Straßenbau – aber weniger Müll SPD legte Prioritäten für den Wahlkampf fest**

Die Bindlacher SPD geht eine Listenverbindung mit der neu gegründeten Bergliste (der KURIER berichtete) ein. Das beschloss die Nominierungsversammlung im TSV-Sportheim einstimmig. Ebenso einmütig sprachen sich die 31 Wahlberechtigten für den vorbereiteten SPD-Listenvorschlag mit Gemeinderat Jürgen Masel an der Spitze, gefolgt von Gemeinderat Werner Hereth und der ASF-Vorsitzenden Sonja Sollecito aus.

Gemeinderat Helmut Steininger steht auf Listenplatz vier, gefolgt von Architekt Hans König, Helmut Irmner und Gemeinderat Helmut Popp. Die parteilose Gerda Kufner aus Ramsenthal rangiert auf Platz acht, gefolgt von Rüdiger Kohler, Eleonore Hofmann und der parteilosen Lisa Fischer. Der jüngste Listenkandidat, der zum Wahlzeitpunkt 19-jährige Bindlacher Juso-Vorsitzende Andreas Masel steht auf Platz zwölf, gefolgt von Gemeinderätin Gunda Berghäuser.

Die übrigen Listenplätze belegen Siegfried Bauer, Norbert Hoffmann, die stellvertretende ASF-Vorsitzende und als Anwärterin auf den AWO-Vorsitz gehandelte Antje Müller-Berndt, Dieter Oguntke, der parteilose Bernd Hahn, Gemeinderat Gerhard Grieshammer und der parteilose Peter Leicht.

Das Durchschnittsalter der 20 SPD-Listenkandidaten beträgt 49 Jahre, die Frauenquote 30 Prozent. Zu Nachrückern wurden einstimmig Georg Herrmann und Karl-Heinz Kohler gewählt. Jürgen Masel betonte, dass für die SPD — „anders als bei den anderen politischen Gruppierungen“ — die Kommunalwahl und nicht die mögliche Bürgermeisterwahl im Falle einer Landratsnennung von Bürgermeister Hermann Hübner im Vordergrund stehe.

Masel rief dazu auf, die Bergliste, an deren Spitze der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Volker Neisser steht, durch Unterschriften im Rathaus bei ihrer Anerkennung als neue Politische Wahlgruppierung zu unterstützen. Masel gab als SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat einen Einblick in dessen Arbeit und formulierte SPD-Ziele für das künftige Gremium.

Und so sehen die Themenschwerpunkte aus: mehr Geld für den Straßenunterhalt, Forcierung des weiteren Kreiselausbaus, Herabstufung der Bundesstraße 2, ein für alle Vereine nutzbares „Haus der Vereine“, Baumaßnahmen zum Hochwasserschutz, das Schulumfeld zur Standortfestigung attraktiv gestalten, das Brauereigelände im Ortskern sinnvoll nutzen, die Kiesweiherverhältnisse ordnen, eine Lösung für den aufgelassenen Gemeiner Bahnübergang finden und darauf achten, dass Bindlach kein „kleines Müllzentrum“ werde.

Aus der Versammlung kam die Information, dass die Papierabfuhr eingestellt worden sei. Kandidatin Gerda Kufner regte an, ihre bereits begonnene Bürgerservice-Idee für Senioren in Ramsenthal weiter auszubauen und darüber nachzudenken, inwieweit ein ehrenamtlicher Fahrdienst gegen Fahrtkostenerstattung eingerichtet werden könne.

## OV Donndorf

*Nordbayerischer Kurier vom 3./4 November 2007*

### **SPD-Liste steht: Ein Auftakt mit Biss Präcklein fordert schonungslose Gemeindeanalyse**

Einstimmig beschloss der SPD-Ortsverein Eckersdorf-Donndorf im Hotel Fantaisie seine Kommunalwahlliste. 24 SPD-Mitglieder gewährten auch den, erschienenen parteilosen Anhängern und Unterstützern aus der Gemeinde ein Stimmrecht. Gemeinderat und SPD-Ortsvereinsvorsitzender Manfred Präcklein geht gewohnt kämpferisch als Spitzenkandidat ins Rennen, gefolgt von Anja Meixner und den Gemeinderäten Reinhardt Schmidt und Alwin Linhardt. Annette N' Dakon-Hollwich steht auf Platz fünf der SPD-Liste, gefolgt von dem Grünen-Gemeinderat Andreas Wick, Berndt Zieher, Kai-Uwe Kehr, Stefan Zeitler und Reinhold Luhzing. Gemeinderat Wolfgang Haida erhielt. Listenplatz elf vor Gusti Czerwinski, Volker Schill, Renate Friedrich, Peter Dreyß, Wolfgang Adler, Oliver Heinz, Alexander Schuster, Renate Schmidt und dem mit 26 Jahren jüngsten Listenkandidat Jan Präcklein.

Für den Fall des Ausscheidens einer Frau wird Barbara Kirsch auf Platz 20 nachrücken, für den Fall des eines Mannes Norbert Pyritz. Die Gemeinderäte Anita Müller und Günter Sommer werden auf, eigenen Wunsch nicht mehr zur Wahl antreten. Der Frauenanteil der Liste beträgt 25 Prozent, das bunt gemischte Altersspektrum der Kandidaten reicht von zweien unter 30, sieben unter 40, fünf Personen zwischen 40 und 50, vier Leuten über 50 bis hin zu zweien über 60. Die Liste wird nach einstimmigem Versammlungsbeschluss unter dem Kennwort SPD zur Wahl antreten, auch wenn sechs der Kandidaten dieser nicht angehören.

Intensiv gepflegt werden soll der Schulterschluss mit den Gewerkschaften, umso größer war die Freude, den ver.di-Bezirksvorsitzenden Oberfranken-Ost, Roland Fieber, in den Versammlungsreihen begrüßen zu können. Bundestagsabgeordnete Anette Kramme berichtete anschaulich vom Parteitag in Hamburg, dessen klare und deutliche Ausrichtung sie auch für die anstehenden Kommunalwahlen als gewinnbringend wertete. Spitzenkandidat Manfred Präcklein forderte angesichts der demografischen Entwicklung unter Berufung auf den Bayerischen Gemeindetag eine schonungslose Ist-Analyse der Gemeinde, um die Weichen für das Jahr 2020 schon heute richtig stellen zu können.

Dazu gehörten ein Umdenken vor allem im Gemeinderat und der Verwaltung sowie eine stärkere Delegation an Ausschüsse. Deutliche Kritik übte Präcklein nicht nur am Geschäftsstellenleiter, sondern auch am Bürgermeister, der aus seiner Sicht am 30. April nächsten Jahres zusammen mit dem Geschäftsstellenleiter den Weg für einen kompletten Neuanfang freimachen sollte. Das Beispiel Brunnenwiese-West mit Erschließungskosten von 21 Euro pro Quadratmeter für „die Schlaunen“ und 32 Euro pro Quadratmeter für die große Masse seien Negativbeispiel dieser Arbeit, so Präcklein. Die Gemeinde Eckersdorf nehme zum Jahresende mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2200 Euro eine Spitzenstellung im Landkreis ein; die sich aus dem offiziellen Schuldenstand von 7,37 Millionen Euro und den vom Landratsamt mit 4,07 Millionen Euro bezifferten Geschäftsbesorgungsverträgen für die Kanalsanierungsmaßnahmen, die Erschließung der Brunnenwiese-West und dem Ausbau des Kindergartens Donndorf errechne.

Ein Schuldenabbauprogramm zur Reduzierung der Zins- und Tilgungsleistungen sei daher ebenso unverzichtbar, wie ein separater Haushalt für Wasser und Kanal und ein geändertes Verbrauchsverhalten der Energienutzer in öffentlichen Gebäuden. So wisse die Schule laut Präcklein nicht einmal, wie viel sie bereits im laufenden Jahr an Energiekosten verursacht habe. Forciert werden solle auch der Mietwohnungsbau, um junge Familien und Singles für die Gemeinde zu gewinnen beziehungsweise dort zu halten. Es müsse eine durchgängige Kinderbetreuung von ein bis 18 Jahren geschaffen werden, die auch einen Jugendraum mit hauptamtlicher Betreuung und die schon lange geforderte Freisportanlage an der Schule einschließe.

## OV Emtmannsberg

*Frankenpost vom 25. Oktober 2007*

### **Wunsch nach mehr Frauen auf der Liste**

Nominierung der Gemeinderatskandidaten der SPD in Emtmannsberg

„Wir haben uns die dem Anlass gebührende Zeit genommen und jetzt eine Liste, mit der wir ruhigen Gewissens in den Wahlkampf starten können“, sagte Horst Nagel, Ortsvereinsvorsitzender der SPD Emtmannsberg und frisch gekürter Spitzenkandidat. Der SPD-Ortsverein Emtmannsberg hat am Montag seine Nominierungsversammlung für die Gemeinderatswahl 2008 abgehalten. Probleme bei der Aufstellung habe es keine gegeben, teilte Jakob Horn, stellvertretender Juso-Unterbezirksvorsitzender mit. Die einzige Änderung im Gegensatz zum Vorschlag des Vorstands betraf die Plätze vier und acht. Elisabeth Gilka-Bötzow, amtierende Gemeinderätin, verzichtete auf ihren Listenplatz vier zugunsten von Stefanie Gebhardt, eine junge Neueinsteigerin in der Emtmannsberger SPD.

„Diese Entscheidung hat mich sehr gefreut“, sagte Gebhardt. Wenn sich alle Genossen in allen Gliederungen so verhalten würden, zöge auch die Generationengerechtigkeit in die Kommunalparlamente ein, erklärte Jakob Horn, selbst mit 19 Jahren jüngster aufgestellter Kandidat. Insgesamt hätten immerhin fünf junge Kandidaten, „und damit meine ich unter 35“, Platz auf der Liste gefunden, sagte Horn. Keine Bevölkerungsschicht sei vernachlässigt worden. So seien im Alter von 19 bis 80 Jahren alle Bevölkerungsschichten vertreten. Besonders heikel seien bei der SPD oft die Frauenquote und der so genannte Reißverschluss, der besagt, dass die Geschlechter abwechselnd aufgestellt werden müssten. „Damit hatten wir keine Probleme“ sagte Ortsvereinsvorsitzender Nagel. Bis Platz 13 wurde das Verfahren konsequent umgesetzt. „Danach haben sich leider keine Frauen mehr zur Verfügung gestellt“, so Nagel weiter. Dieses Manko müsse in den nächsten Jahren angepackt werden, ergänzte Horn. Über die Liste wurde am Ende der Versammlung geheim abgestimmt. Das Ergebnis wurde einstimmig angenommen.

## OV Gössweinstein

*Nordbayerischer Kurier vom 11. November 2007*

### **Welche Technik?**

#### **SPD fordert öffentliche Debatte zum Thema Bad**

Der SPD-Ortsverband wendet sich gegen eine nicht-öffentliche Beratung zum Thema „Sanierung der Hallenbadtechnik“. Kurzfristig, unter Abkürzung der Ladungsfrist, hat Bürgermeister Lang den Gemeinderat zu einer weitgehend nichtöffentlichen Sitzung. Dieser Umstand, aber mehr noch die Tatsache, dass das Thema Sanierung der Hallenbadtechnik nicht öffentlich diskutiert werden soll, hat bei den SPD-Räten für Verärgerung gesorgt. Sie, dass dieses Thema unbedingt eine möglichst breite Resonanz innerhalb des Gemeinderats, aber auch der interessierten Öffentlichkeit verdient hätte. Schon in der internen Fraktionssitzung wurde die Frage, ob die Technik über ein Wärmecontracting mit der Firma Siemens oder aber nach den Empfehlungen des Projektanten Sebrantke durch die gewerkweise Erneuerung einzelner Komplexe erneuert werden soll, sehr unterschiedlich und kontrovers diskutiert. Insbesondere aber fordern die zwischenzeitlich immens gestiegenen Energiekosten eine neue Grundsatzdiskussion darüber, ob sich die Marktgemeinde langfristig das Hallenbad überhaupt leisten kann. Auch die Frage nach regionalen Energieträgern, gegebenenfalls mit anderen Energienutzern müsse unbedingt auf die Tagesordnung. Insbesondere müssen diese Fragen, im Beisein des Projektanten Sebrantke, auch für die interessierte Öffentlichkeit nachvollziehbar und offen diskutiert werden. Die Entscheidung für die Erneuerung der Technik im Hallenbad sei letztlich auch das abschließende Votum für den Erhalt des Hallenbades in der Zukunft; diese Entscheidung habe für die kommenden Jahre maßgeblich Einfluss auf die Haushaltssituation in der Gemeinde. Dies schnell vor geschlossenen Türen abzuhandeln, sei daher unverantwortlich, widerspreche demokratischen Gepflogenheiten, meinen die SPD-Markträte.

## OV Mistelbach

*Nordbayerischer Kurier vom 22. Oktober 2007*

### **Rümpelein strebt dritte Amtszeit an**

#### **Nominierung der Mistelbacher SPD**

#### **Walter Engelhardt tritt nicht mehr für den Gemeinderat an**

Mit einem eindrucksvollen Vertrauensbeweis im Rücken peilt Bürgermeister Bernhard Rümpelein seine dritte Amtsperiode an. Bei der Nominierungsversammlung des SPD-Ortsvereins wurde Rümpelein von den Genossen einstimmig als Kandidat für die am 2. März 2008 anstehende Kommunalwahl berufen.

Bei seinem Wahlvorschlag für den bisherigen Amtsträger verwies Ortsvorsitzender Matthias Mann auf dessen Vorzüge, die von Zielstrebigkeit, Fachwissen bis Durchsetzungsvermögen reichen. Er ist immer einen Gedanken voraus, so Mann, seine Verdienste sind unbestritten. Seine Vision von einer Umgehungsstraße, die für große Aufregung sorgte, verfolge er trotz ausufernder Diskussion zielstrebig.

Per Wahlvorgang, zu dem auch die Nominierung von 24 Kandidaten für den Gemeinderat gehörte, war bereits nach 45 Minuten beendet. Wehmut kam allerdings auf, als Matthias Mann bekannt gab, dass nach 36-jähriger Zugehörigkeit zum Gemeinderat Landtagsabgeordneter a. Walter Engelhardt und Herbert Maisel nach 24 Jahren nicht mehr für den Gemeinderat zur Verfügung stehen werden.

Eingangs machte der Ortsvorsitzende deutlich, dass der Ortsverein seit über 60 Jahren maßgeblich die Geschicke von Mistelbach bestimme und seither den Bürgermeister stellt. In dieser Zeit wurde mit vorbildlichen Finanzen und einer sehr guten Infrastruktur etwas geschaffen, „um das uns andere Gemeinden beneiden“, so Mann. Die sozialdemokratische Handschrift ist bei vielen Aktivitäten und Projekten der Gemeinde unübersehbar.

Er rief dazu auf, sich auch den neuen Herausforderungen zu stellen, „allerdings wird es politische Husarenritte und Eiertänze mit uns nicht geben“. Man wolle weiterhin die bestimmende politische Kraft in Mistelbach bleiben, betonte der Ortsvorsitzende. Unter der Wahlleitung des zweiten Vorsitzenden Oliver Baumann erhielt Bernhard Rümpelein bei der geheimen Wahl als Kandidat für das Amt des Bürgermeisters alle 34 Stimmen der anwesenden Genossen. Auch bei der Wahl der Kandidaten für den Gemeinderat, über deren Listenplätze einzeln und anschließend im Gesamtpaket geheim abgestimmt wurde, ergab sich ein eindeutiges Votum. Als Beauftragte für den Wahlvorschlag wurden Walter Engelhardt und Kurt Mann gewählt.

Nach Bürgermeister Bernhard Rümpelein, der ausdrücklich Engelhardt und Maisel für ihr langjähriges Engagement dankte, kann sich der SPD-Ortsverein mit der Kandidatenliste, die ein breites Spektrum der Bevölkerung widerspiegelt, „sehen lassen“.

Eingehend auf die Aufstellung eines Wahlprogramms betonte er, dass dieses die Aufbruchstimmung, die von ihnen ausgeht, jeder Mistelbacher spüren müsse. „Wir haben Ideen, Perspektiven sowie Visionen und vor allem die Kraft, neue Wege zu gehen, wenn sie auch manchmal unbequem sind, wie beim Beispiel Umgehungsstraße.“

## OV Presseck

*Bayerische Rundschau vom 31. Oktober 2007*

### „Die beste Lösung“

#### **Gerhard Leinfelder will für die SPD/Offene Liste Bürgermeister in Presseck werden**

Gerhard Leinfelder will für die SPD/Offene Liste als Bürgermeisterkandidat bei der Kommunalwahl 2008 antreten. Das gab SPD-Ortsvereinsvorsitzende Anni Reuther bei der Vorstandssitzung am Montagabend im Gasthaus Gahn in Schöndorf bekannt. Der Ortsvereinsvorstand begrüßte die Entscheidung Leinfelder „als beste aller Möglichkeiten“ und sicherte ihm seine volle Unterstützung zu. Die Nominierung soll am 25. November 2007 in Presseck stattfinden. „Mit ihm können wir ein kommunalpolitisches Schwergewicht präsentieren“, so Anni Reuther.

Der 52-jährige verheiratete Finanzbeamte war von 1990 bis 2002 bereits für die SPD im Gemeinderat, davon sieben Jahre als Fraktionsvorsitzender und in der ersten Wahlperiode als Jugendsprecher der Marktgemeinde. „Durch seinen großen kommunalpolitischen Erfahrungsschatz und sein herausragendes ehrenamtliches Engagement ist er sowohl für die SPD/Offene Liste als auch für die Gemeinde nach der Ära von Erhard Hildner die beste Lösung“, ist die Vorsitzende überzeugt. „Auch sein berufliches Fachwissen kann in Zeiten klammer Kommunalhaushalte hilfreich sein.“ Fraktionsvorsitzende Gabriele Döppmann attestierte Leinfelder ein hohes Maß an Kreativität.

„Mit seinem Durchhalte und Durchsetzungsvermögen kann er die Gemeinde nach vorne bringen und auch die notwendigen neuen Akzente setzen. Viele Dinge, wie die kommunale Wohnungsbauförderung, die Revitalisierung des Sportheimes Schützenhaus oder der örtliche Weihnachtsmarkt tragen seine Handschrift“, verdeutlichte Döppmann. Der Sprecher der Offenen Liste, Horst Tempel, zeigte sich ebenfalls überzeugt, mit Gerd Leinfelder einen Garant für die Herausforderungen der heutigen Zeit gemeistert und Presseck auf einen guten Weg gebracht wird.

Anni Reuther informierte den Vorstand, dass man dem Bürgermeisterkandidaten eine starke Gemeinderatsliste zur Seite stellen werde. Die Zusammenstellung der Liste sei bereits weit fortgeschritten und werde in den nächsten Tagen abgeschlossen. In einem Gespräch mit der BR erläuterte Leinfelder seine Ziele und Vorstellungen.

Zur Kandidatur bewogen habe ihn zum einen das hartnäckige Werben des SPD Ortsvereins und der Kandidatinnen und Kandidaten der SPD/Offenen Liste, zum anderen aber die oft spontane Ermutigung zahlreicher Bürgerinnen und Bürger, die man nicht unbedingt dem Lager der SPD zuordnen könne.

„Das kam für mich zumindest in dieser Intensität doch ein wenig überraschend“ so Leinfelder. „Ich freu' mich schon auf einen fairen Wettstreit der kommunalpolitischen Ideen. Große Bedeutung haben zunächst die Erhaltung der Grundschule, der Kindergärten- und Horte sowie die Einrichtungen der Daseinsfürsorge und der Infrastruktur.“

Aber dann müsse natürlich auch Zeit, Raum und Geld für die Gestaltung einer Gemeinde bleiben. Die Erschließung von Finanzquellen sei sicherlich eine zentrale Aufgabe eines Bürgermeisters. Seine Kandidatur will er unter das Motto „Vorangehen- und die Leute mitnehmen“ stellen.

„Dies gilt insbesondere für die ehrenamtlich Tätigen, denen ich auf Grund meines Erfahrungsschatzes in vielen Dingen helfen kann.“ Beruflich hat Leinfelder alles geregelt: Im Falle einer Wahl wird er halbtags arbeiten.

## OV Weidenberg

*Nordbayerischer Kurier vom 29. Oktober 2007*

### **SPD Weidenberg nominiert Günter Kölbl Der SPD-Kandidat soll am 2. März 2008 Bürgermeister Fünfstück beerben**

Geschlossenheit demonstrierten die Mitglieder des SPD-Ortvereins bei der offiziellen Nominierung ihres Bürgermeisterkandidaten für die Kommunalwahl am 2. März 2008. Einstimmig hoben sie im Gasthaus Rosenhammer Günter Kölbl aus Neunkirchen am Main auf den Schild.

Der 55-jährige Kölbl, seit 2002 Zweiter Bürgermeister des Marktes, ist damit neben Günther Dörfler (CSU) und Hans Wittauer (FWG) der Dritte im Rennen um das höchste Amt in der 6700 Einwohner großen Gemeinde, nachdem Bürgermeister Wolfgang Fünfstück (63) Ende April 2008 nach 36 Jahren im Chfesssel des Rathauses auf eine erneute Kandidatur verzichtet hat.

Kreis- und Gemeinderat Peter Zeitler blieb es vorbehalten, Person und Werdegang des Kandidaten, der seit März 1996 auch den SPD-Ortsvorsitz innehat, nachzuzeichnen. Kölbl, verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder, ist von Beruf technischer Betriebsinspektor. Er verfüge, so Zeitler weiter, über eine fast 20-jährige kommunalpolitische Erfahrung, davon sechs Jahre als Fraktionsvorsitzender im Marktgemeinderat.

Kölbl sei das Beste, was dem Markt Weidenberg passieren könne, sei er doch, so Zeitler, ein Garant dafür, auch in den kommenden Jahren das Optimum für den Markt herauszuholen. Kölbl ist nach Zeitlers Worten ein argumentationsstarker Kandidat mit Ideen und Kreativität, mit Weitblick, Tatkraft und Durchsetzungsvermögen. „All das befähigt ihn uneingeschränkt, die Nachfolge von Wolfgang Fünfstück anzutreten.“

Seit fast 48 Jahren, so fasste Zeitler schließlich zusammen, stellen die Sozialdemokraten in Weidenberg ohne Unterbrechung den Zweiten Bürgermeister. Mit Günter Kölbl habe man nun die Chance, „das Werk zu vollenden“ und ab 1. Mai 2008 den Rathauschef zu stellen. Kölbl selbst zu seiner Kandidatur: „Ich bin weder gezwungen noch gedrängt worden“. Vielmehr hätten ihn viele Bürgerinnen und Bürger in Gesprächen dazu ermuntert.

Er versprach, sollte er gewählt werden, ohne Parteibrille ein Bürgermeister für alle zu sein, die begonnenen Maßnahmen zur Dorferneuerung und Städtebausanierung fortzusetzen, sich um eine familienfreundliche Gemeinde zu bemühen, wozu auch die Schaffung von Krippenplätzen im Ölschnitzal gehöre, die solide Haushaltspolitik fortzuführen und – falls die Steuerquellen weiterhin zu kräftig sprudeln wie bisher – die Schuldentilgung zu verstärken.

Die Wasserversorgung und der Abwasserbereich müssten weiterhin in den Händen der Gemeinde bleiben. Dabei dürften die Abgaben, Beiträge und Gebühren das finanziell ertragbare Maß nicht überschreiten. Am Herzen liege ihm auch die Sanierung der Gemeindestraßen sowie die Vereins- und Jugendförderung.

Zum Vertrauensmann wurde Udo Bordes gewählt, Stellvertreter ist Reinhardt Opitz, dem bei der Versammlung für dessen 22-jährige Tätigkeit als Zweiter Bürgermeister (1980-2002) besonders gedankt wurde. Am 16. November sollen im Sophienthaler Gasthaus Böhner die Gemeinderatskandidaten der Weidenberger SPD vorgestellt werden.

*Nordbayerischer Kurier vom 24. Oktober 2007*

**SPD fordert den Innenstadt-Shuttlebus**  
**Fraktionschef Kern: SPD will Linienführung der Busse in einer**  
**Sondersitzung des BVB-Aufsichtsrates diskutieren**

Die Bayreuther SPD gibt Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl (CSU) kontra: Sie lehnt das schriftliche Umlaufverfahren zur Streichung der Buslinie durch die Ludwigstraße ab. – und fordert eine Sondersitzung des BVB-Aufsichtsrates. Wie mehrfach berichtet, wollte Hohl den für ein halbes Jahr beschlossenen Probelauf für den Busverkehr durch die Ludwigstraße stoppen und zwar im Zuge eines schriftlichen Umlaufverfahrens. Doch da hat Hohl die Rechnung ohne die SPD gemacht. Fraktionschef Wolfgang Kern: „Bei der SPD wird es, keine Zustimmung für das Umlaufverfahren geben. Und ich gehe davon aus, dass es auch sonst keine Mehrheit dafür geben wird. Wir wollen eine Sondersitzung des Aufsichtsrates.“ Und in dieser Sitzung will die SPD zum einen fordern, an dem halbjährigen Bus-Probetrieb in der Ludwig- und der Kanzleistraße nebst Haltestelle Sternplatz festzuhalten, zum anderen solle diese Zeit genutzt werden für die Einführung eines Innenstadt-Shuttlebusverkehrs.

Es leuchte niemandem ein, wenn die Busse aus der Ludwigstraße verbannt würden, aber durch die Kanzleistraße fahren sollten. Deshalb beantrage die SPD, zwei Shuttlebusse im Zehn-Minuten-Takt durch die ganze Innenstadt fahren zu lassen. Kern: „Die großen Busse fahren nur noch bis zur Innenstadt, drinnen übernehmen die kleinen Busse den Transport der Fahrgäste.“ Über Routen und Haltestellen, so Kern, müsse noch im Detail gesprochen werden. Damit sind Kern und die SPD ganz nah dran an der Position von Dr. Uwe Loydl, dem Vorsitzenden des Vereins Freunde der markgräflichen Innenstadt, der bislang schon mehr als tausend Unterschriften gegen einen Busverkehr in der Ludwigstraße gesammelt hat. Loydl fordert nun, nach einem Dank an OB Hohl für dessen weitsichtiges Handeln, den Stadtrat auf, „mutig den nächsten Schritt zu tun und die Innenstadt nur noch mit kleinen Elektrobussen befahren zu lassen“. Und weiter: „Derartige Elektrobusse fahren bereits in vielen Stadtzentren deutscher und ausländischer Städte.“ Und weil auch das Geld kostet, schlägt Loydl die Gründung eines Fördervereins ebenso vor wie die Prüfung möglicher Zuschüsse durch die öffentliche Hand.

*Bayreuther Anzeiger vom 31.10.2007*

**„Da ist nichts Wahres dran“**  
**SPD räumt mit einem Gerücht auf**

Ein Gerücht macht in Bayreuth die Runde. Nach diesem Gerücht Soll die Bürgerbegegnungsstätte von der Bevölkerung nicht genügend genutzt werden. Es wird weiter gemunkelt, dass die Einrichtung in der Sendelbachstraße bald verschwinden soll. Dieses Gerücht kommt an höchster Stelle, nämlich aus der Stadtverwaltung selbst. Dies könne Man nicht so stehen lassen, dachte sich die SPD-Stadtratsfraktion und machte sich auf, um sich eines Besseren zu überzeugen. „Das Gerücht stimmt nicht“, beteuerte Marianne Härtel, die Leiterin der städtischen Bürgerbegegnungsstätte. Im Gegenteil werde die Einrichtung mehr denn je genutzt. Ungefähr 1.000 Leute kommen im Monat und nutzen die Öffnungszeiten für verschiedenste Aktivitäten.

Auch habe man mittlerweile am Wochenende für Tanzveranstaltungen geöffnet. „Wir sind somit mit 150 Prozent Nutzung überbelegt“, fügt Udja Holschuh, die Seniorenbeauftragte der Stadt Bayreuth, hinzu. Das Durchschnittsalter der Besucher der städtischen Einrichtungen beziffert Härtel auf 60 Jahre, „wobei die jüngsten 40, die ältesten an die 90 Jahre alt sind“. Für die Betreuung stehen neben Marianne Härtel noch zwei Teilzeit- und zehn ehrenamtliche Mitarbeiter zur Verfügung. „Ohne ehrenamtliche Mitarbeit könnten wir das gar nicht schaffen“, sagt sie. 12.000 Leute besuchten im vergangenen Jahr die Bürgerbegegnungsstätte – Tendenz weiter steigend. „Jeder kann zu uns kommen“, sagt Marianne Härtel. Ambitionen, an der Bürgerbegegnungsstätte räumlich zu verändern, hat sie nicht. „An dem Gerücht ist nichts Wahres dran. Denn besser kann es gar nicht gehen.“

*Fränkischer Tag vom 24. Oktober 2007*

**„Ich will vor allem unabhängig bleiben“**

**Jonas Merzbacher ist Deutschlands jüngster SPD-Unterbezirkschef**

Die Parteien setzen verstärkt auf die Jugend. So holte sich Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) die gerade 32jährige Melanie Huml aus Bamberg als Sozialstaatssekretärin ins Kabinett. Und die SPD im Unterbezirk Bamberg-Forchheim kürte jetzt mit dem 24-jährigen Jonas Merzbacher gar den jüngsten SPD-Unterbezirksvorsitzenden Deutschlands. Im Gespräch mit unserer Zeitung äußert sich der Nachwuchspolitiker zu seinen Zielen und politischen Vorstellungen.

Obwohl so frühzeitig in die Verantwortung gerufen, will sich der junge Sozialdemokrat aus Gundelsheim im Landkreis Bamberg nicht von seiner Partei vereinnahmen lassen. „Ich möchte vor allen Dingen unabhängig bleiben“, erklärt er.

Und fügt hinzu, dass er sich nach seinem Studium erst einmal beruflich profilieren möchte. Mit seinem Magisterstudium der politischen Wissenschaften, das er in Würzburg absolviert, steht er kurz vor dem Abschluss. Was danach beruflich auf ihn zukommt, ist offen. Er selbst favorisiert eine Tätigkeit in der Wirtschaft.

Und die Politik? Da ist er erst einmal froh, dass ihm für seine neue Funktion alle Kreisvorsitzenden im Unterbezirk Unterstützung zugesichert haben, inklusive die Bamberger kommunalpolitische Lichtgestalt Andreas Starke. Die SPD sucht den Aufbruch mit frischen Kräften. Jonas Merzbacher traut man es zu, diese Aufgabe zu meistern. Dabei will sich der junge Nachwuchspolitiker allerdings in kein politisches Korsett pressen lassen.

Merzbacher gibt sich bodenständig pragmatisch. Für ihn sei der Besuch des Sonntagsgottesdienstes selbstverständlicher als für manchen Politiker, der das C als Markenzeichen im Namen seiner Partei führt. Familienpolitik ist dem jungen SPD-Politiker sehr wichtig. Und dabei hat er durchaus Verständnis für die CSU-Position in Sachen Betreuungsgeld.

Wichtig ist ihm, dass Themen nicht nur kurzfristig angegangen werden, sondern über Wahltermine hinaus nachhaltig weiter bearbeitet werden. Dem Wähler will sich Jonas Merzbacher natürlich auch stellen. Bei den anstehenden Kommunalwahlen kandidiert er auf Platz 5 der Bamberger Kreis-tagliste. Für den Gundelsheimer ist das die erste große Bewährungsprobe auch als Unterbezirksvorsitzender. Danach wird man weiter sehen.

*Nordbayerische Nachrichten vom 8. November 2007*

### **„Ein großer Verlust“**

#### **SPD-Stadtrat Siegfried Schubert verstorben**

Der langjährige SPD-Stadtrat Siegfried Schubert ist am Dienstag im Alter von 69 Jahren überraschend gestorben. Schubert war ein typischer Vertreter der Sozialdemokratie alter Schule. Immer engagiert in Fragen der sozialen Belange der Bürger und Bürgerinnen Forchheims nahm er nie ein Blatt vor den Mund. Verpflichtet fühlte er sich seinem Gewissen und so handelte er auch seit 1984, seit er erstmals in den Forchheimer Stadtrat gewählt wurde.

Bis 1990 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Regelmäßig ergriff er in den zahlreichen Ausschuss- und Ratssitzungen seines Politikerlebens das Wort, brachte langatmige Debatten auf den Punkt und enttarnte manche Schein-Argumentation. Er war ein unbequemer, aber sachlicher Diskutant. Zu den von Schubert regelmäßig gepflegten Themen gehörte eine Neuorganisation des Jugendzentrums der Stadt sowie eine bessere Infrastruktur im Forchheimer Norden.

Das inzwischen neue Jugend- haus sowie das laufende Infrastrukturprojekt „Soziale Stadt“ können daher als Erfolge des Einsatzes Schuberts gezählt werden. Schubert wollte sich weiter engagieren: Auf Platz 8 der SPD-Kandidatenliste für die Kommunalwahl 2008 stand er auf einem guten Platz für eine weitere Stadtratsperiode. Sein beruflicher Werdegang entspricht einer klassisch sozialdemokratischen Vita. Er war Postbeamter und bei der Deutschen Post viele Jahre freigestellter Personalrat. Als Beamter erlebte er die Anfänge der Privatisierung.

In den Ruhestand ging er 1997. Die SPD Forchheim drückte in einer Mitteilung ihre Erschütterung über den plötzlichen Tod ihres Parteifreundes aus. Fraktionsvorsitzender Reinhold Otzelberger sprach von einem „großen Verlust“. Schubert sei jemand gewesen, „der immer seine Meinung sagte“. Engagiert war Schubert nicht nur in der Lokalpolitik seiner Stadt, sondern auch zeitweise als Schöffe am Landgericht Bamberg und im sportlichen und kulturellen Leben.

Seit 1995 führte er als 2. Vorsitzender den VfB Forchheim mit. Vielen Forchheimern wird „Siggi“ Schubert noch anders in Erinnerung bleiben. Dass er als Kind aus dem schlesischen Neusalz an der Oder nach Franken gekommen war, mag man kaum glauben. Denn Schubert war begeisterter Mundartautor, schrieb Gedichte und Prosa, die gedruckt wurden, etwa die „Froschperspektiven“.

Sein Hobby wurde vor kurzem geadelt, indem zwei Texte von ihm im renommierten Band „Dullnrämer“ fränkischer Autoren veröffentlicht wurden. Gute Tradition waren seine mundartlichen Vorträge zum jährlichen Karpfenessen des Stadtrates im Buckenhofener Gasthaus „Zur Sonne“. Am kommenden Montag wäre es wieder so weit gewesen. Schubert hinterlässt eine Ehefrau und zwei Töchter.

*Nordbayerische Nachrichten vom 13. September 2007*

### **„Zeit reif für eine Frau“**

#### **SPD will in Forchheim Christa Gerdes zur OB machen**

Christa Gerdes ist Oberbürgermeister-Kandidatin der SPD in Forchheim. Die SPD will bei den Kommunalwahlen im März erneut ein Kunststück wagen - eine Frau aus ihren Reihen soll 2007 Stadtoberhaupt werden. „Die Zeit für eine Frau ist reif“, sagte Reinhold Otzelberger, Chef der Ratsfraktion, im Gasthaus Marktplatz, wo die Aufstellungsversammlung mit 30 Teilnehmern stattfand. Für Otzelberger ist die 51-jährige Diplom-Physikerin und DGB-Kreisvorsitzende „sehr geeignet“ für die Rolle als Oberbürgermeisterin in Forchheim.

Vor allem ihre ausgeprägte Fähigkeit in punkto Personalführung, die sie sich als stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Siemens Medical Solutions angeeignet habe, qualifiziere die SPD-Kandidatin für die Übernahme der politischen Leitungsposition im Rathaus. „Sie weiß, was soziale Balance ist und wie man sie zum Ausdruck bringt“, so Otzelberger, der OB Franz Stumpf vorwarf, ihm fehle „Unabhängigkeit, Ehrlichkeit und Offenheit“.

Immerhin sei Stumpf vor 18 Jahren als „Unabhängiger“ angetreten, habe diese Fahne auch später noch hochgehalten. Inzwischen sei er aber „voll auf CSU-Linie“ eingeschwenkt und „politisch verbraucht“, ätzte der SPD-Ratssprecher.

Tatsächlich war die SPD 1990 schwer auf die Nase gefallen: Ihre hoffnungsvolle OB-Kandidatin Regina Hanke-Maier ging schmachvoll unter, als in der CSU ein Elefantenrennen ausbrach, der städtische Rechtsreferent Franz Stumpf die Partei spaltete und den als sicheren Rathauschef gehandelten Eduard Nöth herausforderte und besiegte.

Christa Gerdes erhielt 23 von 27 Stimmen. Sie ist am Niederrhein geboren und lebt seit 1984 in Forchheim, wo sie sich nach eigenen Worten „mit der Stadt sehr stark verbunden fühlt“.

Als politische Schwerpunkte formuliert sie soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Chancengleichheit für alle Kinder in der Bildung sowie für die Bürger mehr demokratische Mitwirkung in der Kommune. „Das wird ein spannender Wahlkampf“, prophezeit Otzelberger, der die 40 Stadtratskandidaten als „kraftvolle Persönlichkeiten“ anzupreisen vermochte. Er sei sehr stolz auf etliche Quereinsteiger und Newcomer. Auch Bewerber ohne Parteibuch habe die SPD dem Wähler für den Stadtrat anzubieten.

„Die Politik braucht Öffnung“, bekennt der Fraktionschef und erwartet voller Zuversicht ein „sehr gutes Stimmenergebnis“ für die Sozialdemokraten am 2. März. Von den zurzeit neun Stadtratsmitgliedern der Partei kandidieren im März nur noch sieben auf aussichtsreichen Positionen.

Thea Rank und Freyja Filipp haben sich zum Leidwesen der Genossen aus Alters- beziehungsweise Berufsgründen verabschiedet. In ihre Spuren treten wollen nun die Awo-Ortsvorsitzende Anita Kern (52) sowie Ute Samel (37), die an der Spitze des Gesamtelternbeirates der Stadt steht.

Auch der Kreisvorsitzende des Sozialverbandes VdK, Ex-Stadtrat Hans-Jürgen Grüttner, macht wieder mit. Mächtig stolz ist Otzelberger aber auf die Kandidatur eines alten Freundes: Friedbert Stühler (54), Deutschlehrer am Herder-Gymnasium und Schriftsteller, gilt ihm als „große Bereicherung für die SPD“.

*Fränkischer Tag vom 10. November 2007*

### **Nekolla will in Gräfenberg ans Ruder kommen**

Der SPD-Ortsverein Gräfenberg führte seine Aufstellungsversammlung für die Kommunalwahl durch. Unter Beifall der Ortsvereinsmitglieder erklärte Hans-Jürgen Nekolla seine Bereitschaft, im März um das Amt des Bürgermeisters der Stadt Gräfenberg zu kandidieren. Nekolla, der seit sechs Jahren im Stadtrat und seit neun Jahren im Kreistag sitzt, erklärte, einen fairen und sachlichen Wahlkampf führen zu wollen.

„Gräfenberg darf nicht endlos verwaltet werden, es muss gestaltet werden, und dazu bedarf es eines kreativen und aktiven Bürgermeisters mit einem fachkundigen Team“, betonte er. SPD-Kreisvorsitzender Reiner Büttner bezeichnete Gräfenberg als „wichtige Vertretung der Partei auf kommunaler Ebene“.

Einigkeit und Anerkennung herrschte sowohl bei den „alten Recken“ der Gräfenberger SPD als auch bei den Jüngeren darüber, dass es gelungen sei, „ein hochkarätiges, deutlich verjüngtes Team für die SPD-Liste zu gewinnen“.

*Nordbayerische Nachrichten vom 29. Oktober 2007*

### **Mit Wolfgang Fees erneut gewinnen**

#### **SPD/ÜFWG Langensendelbach/Bräuningshof haben ihre Liste für die Kommunalwahl erstellt**

Wolfgang Fees wird erneut die Liste der ÜFWG und SPD Langensendelbach/Bräuningshof zur Gemeinderatswahl am 3. März 2008 anführen. Die Nominierungsversammlung entschied sich einstimmig für den seit 1996 amtierenden Bürgermeister der, sollte er wieder gewählt werden, seine dritte Amtsperiode antritt. Wie bereits in der Vergangenheit legt die Listenverbindung Wert auf ihren überörtlichen Charakter.

Die insgesamt 28 Kandidaten (acht aus Bräuningshof), darunter 13 Frauen, kommen aus beiden Ortsteilen. Darunter die Gemeinderäte Monika Huber, Simon Berninger, Hans Schobert und Hans Singer, die zur Wiederwahl antreten. Auch sie erhielten ein einstimmiges Votum.

Als vordringliche Themen wurden genannt: Die weitere Sanierung der Kanalisation mit dem Gewässerentwicklungsplan als Hochwasserschutz; Schaffung eines attraktiven und lebendigen Ortsmittelpunkts in Langensendelbach; schrittweise Sanierung der bestehenden Wasserversorgung mit weiterem Ausbau, sowie die Erweiterung des Gewerbegebiets „Am Leschbach“ in westliche Richtung. Besondere Aufmerksamkeit in Schule und Kindergärten gilt dem Ausbau der Ganztagsbetreuung.

*Nordbayerische Nachrichten vom 13. Oktober 2007*

**Pfister aufgestellt  
Neunkirchner SPD hat ihre Liste präsentiert**

Andreas Pfister von der SPD Neunkirchen einstimmig bin Bürgermeisterkandidaten nominiert worden. Gute Chancen auf den Bürgermeisterstuhl rechnen sich die Neunkirchener Genossen mit Andrea Pfister bei der Kommunalwahl am 2. März 2008 aus. Schließlich haben sie mit Pfister nicht nur einen gebürtigen Neunkirchener nominiert, sondern bringe er aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Gemeindegemeinderat, zuerst in Neunkirchen, seit 1999 in Heroldsberg, eine große Fachkompetenz mit.

Der 44-Jährige ist stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins sowie stellvertretender Leiter der Volleyballabteilung des TSV Neunkirchen. Den Abbau der Schulden der Gemeinde von derzeit rund acht Millionen Euro hat er sich zum Ziel gesetzt. Krippen und Hortplätze will er weiter ausbauen, den Straßenunterhalt verbessern sowie sich verstärkt um Gewerbeansiedlung bemühen. Als langfristiges Ziel hat Andreas Pfister die Freibadauslagerung verbunden mit einem Neubau im Visier.

Auch die vom SPD-Ortsvereinsvorstand ausgearbeitete Kandidatenliste ging bei den stimmberechtigten Mitgliedern glatt durch. Besonders stolz ist man bei den Neunkirchener Genossen, dass mit Lukas Schröder, Manuel Kugler, Gary Cunningham, Benjamin Höll und Anke Spatz ein Viertel der Liste mit Bewerberinnen und Bewerbern unter 25 Jahren besetzt werden konnte.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Stimmung beim Parteitag war ausgezeichnet. Die SPD hat neues Selbstvertrauen gewonnen. Besonders positiv ist hervorzuheben, dass die Basis nicht blind den Vorschlägen des Vorstandes gefolgt ist, sondern ihre Meinung vertreten und auch durchgesetzt hat. Ich nenne an dieser Stelle nur das Stichwort Bahnreform. Die Beschlüsse des Parteitages haben auch wieder zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung geführt. Die Meinungsumfragen spiegeln das deutlich wieder. Kurz gesagt: Der Parteitag hat klar gemacht, dass die SPD für einen Aufschwung für alle Bürgerinnen und Bürger steht.

Mit dem Hamburger Programm hat die SPD ein zukunftsweisendes Grundsatzprogramm verabschiedet, das Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit gibt. Wir haben als erste Partei ein Programm zur aktiven politischen Gestaltung der Globalisierung entwickelt.

Drei zentrale Beschlüsse des Parteitages möchte ich Euch nachfolgend kurz skizzieren:

### **1. Beschluss „Für eine Bahn mit Zukunft“**

Mit dem Beschluss auf dem Hamburger SPD-Parteitag haben wir klare Eckpunkte für eine Bahn mit Zukunft formuliert.

- Wir wollen den Schienenverkehr und die Deutsche Bahn AG stärken.
- Wir wollen, dass der Bund auch in Zukunft der zentralen Aufgabe, Mobilität und Erreichbarkeit in der Fläche sicherzustellen, gerecht wird. Ein zuverlässiger Schienenverkehr ist unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Wir erhalten den integrierten Bahnkonzern. Die 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich auf die SPD verlassen. Dumpingwettbewerb im Schienenverkehr muss verhindert werden. Ein starker DB-Konzern und starke Gewerkschaften bieten hierfür Gewähr.
- Wir ermöglichen die erforderlichen Investitionen in die Zukunft der Bahn, indem wir ihre Kapitalausstattung erhöhen. Private Investoren sollen dabei auf die Unternehmenspolitik keinen Einfluss ausüben. Deshalb wollen wir stimmrechtslose Vorzugsaktien einführen, die dieses gewährleisten.

### **2. Beschluss „Reformen für ein soziales Deutschland“**

Die Konjunktur hat angezogen, die Arbeitslosenzahlen gehen deutlich zurück. Dennoch bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die vordringliche Aufgabe. Gerade der Arbeitsmarkt für Ältere ist nach wie vor angespannt. Wir haben neun Maßnahmen vereinbart, die in Berlin auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

- Im Zeitraum 2008 bis 2011 sollen seitens der Bundesagentur für Arbeit jährlich 1 Milliarde Euro zusätzlich für ältere Arbeitslose eingesetzt werden.
- Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I soll für Ältere verändert werden: Nach Vollendung des 45. Lebensjahres 15 Monate (bei 30 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit). Nach Vollendung des 50. Lebensjahres 18 Monate (bei 36 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit). Nach Vollendung des 55. Lebensjahres 24 Monate (bei 42 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit).
- Wir streben ein „Gesetz zur Förderung des flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Altersrente“ an.
- Es soll geprüft werden, Rentenversicherungszeiten, die im Alter von 60 Jahren und darüber hinaus erreicht werden, mit einem besonderen Punktwert steigernd wirksam zu machen.

- Geprüft werden auch steuerliche Anreize für Vereinbarungen der Tarifpartner über zusätzliche Leistungen in die Rentenkasse, um bei berufsbezogener Leistungsminderung Rentenabschläge zu vermeiden.
- Ein Erwerbstätigenzuschuss (mit Kinderkomponente) soll eingeführt werden, der Vollzeit-Erwerbstätige, die mit ihrem Einkommen das Erwerbsminimum erreichen, vor Hilfebedürftigkeit schützt.
- Wir wollen besondere Anstrengungen für die Ausbildung benachteiligter junger Menschen unternehmen.
- Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll auf 3,5 Prozent gesenkt werden.
- Wir wollen den Missbrauch von Leiharbeit verhindern. Leiharbeiter müssen nach einer angemessenen Einarbeitungszeit ohne Ausnahme gleichen Lohn wie die Stammbeschaftung erhalten und gleiche Arbeitsbedingungen haben.

### **3. Beschluss „Gute Arbeit“**

Die SPD hält an dem Ziel fest, dass alle Menschen die Chance auf Teilhabe am Erwerbsleben haben. Aber wir wollen auch, dass die Menschen „gute Arbeit“ haben. Dieses Ziel erreichen wollen wir erreichen durch

- die Förderung von Wachstum und die Stärkung der Qualifikationen der Arbeitnehmer
- die Durchsetzung von Mindestlöhnen
- die Schaffung guter Arbeitsbedingungen wie familiengerechte Arbeitszeiten, die Stärkung von regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit und Praktika
- die Förderung von Arbeits- und Gesundheitsschutz
- ausreichende Ausbildungsplätze und ein verbesserter Zugang aller Arbeitnehmer zur beruflichen Weiterbildung
- die Schaffung gleicher Chancen für Frauen und Männer beim beruflichen Aufstieg
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- die bessere Absicherung von Geringverdienern durch einen Erwerbstätigenzuschuss („Bonus für Arbeit“)
- die Stärkung von Arbeitnehmerrechten und die Weiterentwicklung der Mitbestimmung
- die Bekämpfung illegaler Beschäftigung

Auf Wunsch übersende ich Euch gerne noch weitergehende Informationen zu den genannten oder auch zu den weiteren Beschlüssen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir stecken bereits mitten im Kommunalwahlkampf. Ich möchte Euch an dieser Stelle noch einmal meine Unterstützung zusichern und Euch bitten, mich bei Euren Aktivitäten einzuspannen. Ich bin gerne bereit, Euch bei Hausbesuchen zu begleiten oder bei Infoständen mitzuhelfen. Natürlich stehe ich Euch auch als Referentin bei Veranstaltungen zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen  
Eure Anette

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf Nachfrage übersenden wir auch gerne das von mir erstellte Lesebuch „Arbeit und Soziales“, das die Gesetzgebung sowie die weiteren Planungen des Arbeitsministeriums in der Legislaturperiode beschreibt, sowie eine Zusammenfassung des Sachstandes beim Mindestlohn.

Außerdem steckt Ihr ja bereits mitten im Kommunalwahlkampf. Die „heiße Phase“ steht kurz bevor. Ich möchte Euch daher noch einmal ausdrücklich meine Unterstützung anbieten. Bezieht mich in den Wahlkampf mit ein. Wenn ich Euch bei Infoständen oder anderen Aktionsideen unterstützen kann, lasst mich dies kurz wissen.

Auch an Hausbesuchen nehme ich gerne teil. Ich habe jedoch eine große Bitte: Informiert mein Büro rechtzeitig über diese Termine, damit ich die Möglichkeit habe, diese auch wahrzunehmen. Ich stehe Euch auch gerne als Referentin zur Verfügung. Mögliche Themen, die ich anbieten kann, sind:

- Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsmarktsituation Älterer, Jugendarbeitslosigkeit)
- Arbeitnehmerrechte
- Mindestlöhne und Arbeitnehmerentsendegesetz
- Leiharbeit (u. a. interessant hinsichtlich Servicegesellschaft des Klinikums Bayreuth)
- Generation Praktikum
- „Prekariatsdebatte“
- Rente
- Gesundheitspolitik
- Pflegereform
- Familienpolitik
- Zukunft der Wehrpflicht
- Bundeswehreinsatz in Afghanistan
- Ländliche Entwicklung
- Hamburger Programm
- Diese Liste ist natürlich nicht abschließend. Selbstverständlich bin ich auch gerne bereit, Vorschläge von Eurer Seite aufzugreifen.

Ich freue mich, von Euch zu hören und verbleibe

mit solidarischen Grüßen

Eure Anette

**Donnerstag, 29. November 2007**

- Jahresabschlussversammlung der AG 60plus Stadt Bayreuth  
Gaststätte Moosing, Oberobsang – 15 Uhr

**Samstag, 01. Dezember 2007**

- Weihnachtsfeier des OV Goldkronach  
Gaststätte Goldene Krone – 19 Uhr
- Weihnachtsfeier des OV Meyernberg  
Becher Saal – 19 Uhr

**Sonntag, 02. Dezember 2007**

- Weihnachtsfeier des OV Kreuz  
Gemeindesaal Kreuzkirche – 14.30 Uhr
- Weihnachtsfeier des OV Pegnitz  
Gaststätte Zipser Berg – 16 Uhr

**Montag, 03. Dezember 2007**

- Veranstaltung „Sicherheitspolitik mit Augenmaß“ mit MdB Frank Hofmann  
Gaststätte Fränkischer Hof – 19 Uhr

**Samstag, 08. Dezember 2007**

- Weihnachtsfeier des OV Eckersdorf  
Hotel Fantaisie – 19 Uhr

**Sonntag, 09. Dezember 2007**

- Weihnachtsfeier des OV Heinersreuth  
Sportheim – 14 Uhr
- Weihnachtsfeier des OV Altenplos  
Jugend- und Freizeithaus – 15 Uhr
- Weihnachtsfeier des OV Plech  
Goldenes Herz – 15 Uhr

**Montag, 10. Dezember 2007**

- Jahresabschlussversammlung des Stadtverbandes Bayreuth  
Gaststätte Becher – 18 Uhr

**Donnerstag, 13. Dezember 2007**

- Weihnachtsfeier des OV St. Georgen  
Zum Brandenburger – 19 Uhr

**Sonntag, 16. Dezember 2007**

- Weihnachtsfeier des OV Bischofsgrün  
Gasthof Siebenstein – 15 Uhr

**Donnerstag, 20. Dezember 2007**

- Weihnachtsgansessen des OV Innenstadt  
Gaststätte Kolb – 19 Uhr

**Freitag, 04. Januar 2008**

- Neujahrsempfang des Stadtverbands Bayreuth  
Aktienkeller – 18 Uhr